3. Jahrgang / Nr. 263

Einzelnummer 25 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräger 1.50 Mk. für die Woche, 6.10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6.10 Mk. für den Monat.
Postscheckkonto Nr. 28 885. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H." Breslau.
Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 6887.

Dienstag, 22. November 1921

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0.80 Mk., auswärts 0.90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0.40 Mk.
Reklame: Die Millimeterzeile, 8gespalten oder deren Raum im Text 8.— Mk.

Die Tagung des Zentralausschusses der KPD.

A. Th. Die letzte Tagung des Zentralausschusses der Partei ist von außergewöhnlicher Bedeutung. Im Brennpunkt der Tagung standen die zwei Fragen, die für die nächste Zukunft für den Klassenkampf in Deutschland entscheidend sind, die Frage der Arbeiterregierung und des Steuer- und Wirtschaftskampfes. In beiden Fragen, die aufs engste miteinander zusammenhängen, hat der Zentralausschuß nach sorgfältiger Prüfung und in eingehenden Debatten die Wege vorgezeichnet, die die Partei instand setzen, den Hebel an den Punkten anzusetzen, wo die Aktion des Proletariats wirksam vorwärtsgebracht werden kann.

Der Ausgangspunkt für die politische wie für die wirtschaftliche Einstellung der Partei ist die vor den werktätigen Massen stehende Frage, ob sie oder die Besitzenden die Kriegskosten tragen sollen. Der Zentralausschuß war sich klar darüber, daß in der gegebenen Lage Deutschlands diese Frage zwangsläufig die Frage gründlicher Eingriffe in das Produktionsverhältnis, damit in das Verhältnis der Klassen, aufrollt. Die Kommunistische Partei sieht die Lage mit derselben Realistik an wie die Großfinanz und die Schwerindustrie es tut. Sie weiß, daß die Steuer- und Finanzfragen heute nicht mehr durch bloße Steuer- und Finanzmaßregeln gelöst werden können, sondern, daß an die Fundamente der Wirtschaft gegriffen werden muß. Die Frage ist objektiv so gestellt, ob Stinnes u. Co., die vereinigte Schwerindustrie und Großfinanz die Volksmassen ausplündern und versklaven, den Staat sich unterwerfen, die Wirtschaft als Selbstherrscher leiten, oder ob die Volksmassen das Großkapital ihrer umfassenden Kontrolle unterstellen, ob sie ihm die Kriegslasten aufbürden und ob sie endlich der heillosen Massenausplünderung und Wirtschaftsanarchie Schranken setzen.

Diese Fragen galt es an den Punkten anzugreifen, wo die Aktion der Masse, der Arbeiterklasse einsetzen kann. Es galt, von den Tatsachen auszugehen, daß einerseits das deutsche Proletariat in seiner Mehrheit heute noch nicht bewußt kommunistischen Zielen zusteuert, also nicht unmittelbar für direkt kommunistische Maßregeln sich in Bewegung setzt, daß andererseits die objektive Lage zwangsläufig die Massen in der Richtung des Kommunismus vorwärts führt, sobald sie einmal als Klasse sich ernsthaft in Marsch setzen, um gegenüber der Bourgeoisie ihre Existenz zu sichern. Es galt also, die nächsten Schritte auf diesem Weg ins Auge zu fassen. Als diese nächsten Schritte bezeichnete der Zentralausschuß die Erfassung der Sachwerte, d. h. die Konfiskation von Kapital in seiner sachlichen Gestalt (der Fabriken, Bergwerke, Banken, des Großhandels, des Großgrundbesitzes) durch den Staat in einer Höhe, daß das Einkommen der Arbeiterklasse und des Mittelstandes von steuerlichen Lasten befreit wird, unter durchgreifender Kontrolle der Arbeiter und Angestellten. Der Staat soll also Miteigentümer der kapitalistischen Betriebe werden, und er soll seine Miteigentumsrechte dazu ausnützen, um der kapitalistischen Anarchie und Verschwendung zu steuern, um die Betriebe großzügig zu syndizieren.

Also Staatskapitalismus? An Stelle von Stinnes und Thyssen eine staatliche Demokratie? Es ist klar, daß nur die Arbeiterklasse dieses Eingreifen erzwingen kann und daß sie gleichzeitig erzwingen muß, die Kontrolle der Betriebe und der Wirtschaft im Ganzen durch ihre Organe. Keine bürgerliche Regierung und keine bürgerlich-sozialistische Koalitionsregierung wird diese notwendigen Schritte tun.

Damit erhebt sich die Frage der Erkämpfung der politischen Machtstellungen durch die Arbeiterklasse, um diese Schritte zu verwirklichen. Auch darüber hat sich der Zentralausschuß klar ausgesprochen. Er spricht aus, daß unter der Voraussetzung, daß die Mehrheit der Arbeiterklasse noch nicht bewußt darauf hinstrebt, den Rahmen des bürgerlich-demokratischen Staates zu überschreiten, zunächst nur eine sozialistische oder eine Arbeiterregierung als Hebel zur Durchsetzung dieser Lebensnotwendigkeiten der Arbeiterklasse von ihr ins Auge gefaßt werden wird.

Die Stellungnahme des Zentralausschusses in dieser Frage ist diktiert von dem Gesichtspunkt, daß die Partei verpflichtet ist, das Höchstmaß von Initiative zu entwickeln, um die Arbeiterschaft zur Erkämpfung neuer Machtpositionen zu führen.

Die vom Zentralausschuß mit großer Mehrheit angenommene Resolution über die politische Lage umschreibt die Stellung der Partei zur Frage der sozialistischen Regierung folgendermaßen:

. . . Diese Aufgaben der Partei sind zugleich Aufgaben, die der gesamten Arbeiterschaft durch die zunehmende Verelendung und das Vordringen des Großkapitals gestellt sind. Die KP. weiß sich eins mit den breitesten Massen außerhalb der eigenen Partei, die in zunehmendem Maße sich zu einer geschlossenen Kampffront für diese Ziele sammelt. Die Kundgebung des ADGB. für die Erfassung der Goldwerte erfolgte bereits unter dem Drucke der einsetzenden Massenbewegung gegen die Stinnes-Koalition und die Versklavung durch die Großbourgeoisie.

Die KPD. wird ihren ganzen Einfluß aufbieten, um den letzten Arbeiter in diesem Kampfe zu mobilisieren, und zu verhindern, daß die unausbleiblichen Auseinandersetzungen zwischen Arbeiterschaft und Bourgeoisie nicht erneut versanden.

Die konsequente Durchführung dieses Kampfes ist für die Arbeiterschaft weder unter einer Stinnesregierung, noch unter irgendeiner bürgerlichen Regierung möglich. Der Kampf gegen die Stinneskoalition muß daher von der Partei in allen Stadien geführt werden (Massendemonstrationen, Massenstreiks, evtl. Auflösung des Reichstages).

Das Verhältnis der Kommunisten zu einer eventuellen neuen Regierung (sozialistische Regierung, Arbeiterregierung), die als Ergebnis solcher parlamentarischen und außerparlamentarischen Kämpfe zustande kommt, wird abhängen von der politischen Gesamtsituation und von den politischen Aufgaben, die eine solche Regierung sich stellen wird.

Die KP. läßt keinen Zweifel darüber, daß sie eine sozialistische Regierung, die sich der Durchführung der von den Massen aufgestellten Forderungen zum Ziele setzt, bei jedem Schritt wirklich proletarischer Politik mit allen Mitteln unterstützen wird. Die Partei wird alle Kraft daran setzen, durch Mobilisierung der Massen die sozialistische Regierung in der Wahrung der proletarischen Interessen vorwärts zu treiben, was im Verlaufe der sich verschärfenden Kämpfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat zur Sprengung des parlamentarischen Rahmens führen muß.

Voraussetzung einer solchen Entwicklung ist zunächst, daß die gesamte Arbeiterklasse außerhalb des Parlaments den Kampf um ihre Forderungen aufnimmt. In diesem Kampfe allein kann die Einheitsfront der arbeitenden Massen sich voll verwirklichen.

Nach dieser klaren Stellungnahme durch die höchste Körperschaft der Partei ist für die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften nunmehr kein Ausweichen mehr möglich. Die unabhängige und mehrheitssozialistische Arbeiterschaft weiß nunmehr, daß sie der vollen Unterstützung der Kommunistischen Partei sicher ist bei der Eroberung neuer Machtpositionen für die Arbeiterklasse, daß, sobald sie nur entschlossen ist, eine Arbeiterregierung durchzusetzen, die Kommunisten an ihrer Seite sein werden.

Schließlich nahm der Zentralausschuß klar Stellung zur Frage der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft. Er betonte, daß jedwedem, der ehrlich mit der Partei arbeiten will, die volle Möglichkeit dazu gegeben wird, daß aber die Partei unbeugsam den Kampf führen wird mit Elementen, die auf die Auflösung der Partei und ihre Zurückführung in zentristische Gedankengänge hinarbeiten. Der Zentralausschuß überschätzt in keiner Weise die Bedeutung der Arbeitsgemeinschaft, er sieht in ihr aber einen Faktor, der die Verbindung der Partei mit den außerhalb ihrer Partei stehenden Massen erschwert.

Die taktischen Debatten des Zentralausschusses drehten sich hauptsächlich um die Rolle des „Staatskapitalismus" und um die Rolle der „sozialistischen Regierung". Daß die Differenzen, die dabei zum Ausdruck kamen, offen ausgetragen wurden, betrachten wir als einen Vorteil.

Der Zentralausschuß bedeutet einen wesentlichen Schritt vorwärts in der Richtung, die durch den 3. Weltkongreß und den Jenaer Parteitag angegeben ist. Sein tatsächliches Ergebnis zerstört ebenso wirksam die Legende von dem „anarchistischen" wie von dem „opportunistischen" Charakter der Partei.

Die Partei hat in ernster Auseinandersetzung die sichere Orientierung für die Kämpfe unserer Tage gewonnen. Der Zentralausschuß hat jedem, der sehen will, gezeigt, daß die Partei seit Jena in innerlicher Festigung fortgeschritten ist.

Jetzt heißt es für die Partei: Das Ganze vorwärts!

*

Am Mittwoch, den 16. November, begann die Tagung des Zentralausschusses der KPD.

Als erster Punkt der Tagesordnung wurde

Die politische Lage und die Aufgaben der Partei.

in einem Referat des Genossen Meyer behandelt. Genosse Meyer führte aus: „Gleich nach dem Jenaer Parteitag hatte die Kommunistische Partei zu zeigen, ob sie versteht, die Jenaer Beschlüsse in die Praxis umzusetzen. Erzbergers Ermordung löste eine ungeheure Erregung der Arbeiterschaft und der kleinbürgerlichen Massen aus. Die SPD.- und USPD.-Führerschaft suchte die Kommunisten von den Massendemonstrationen auszuschalten. Die KPD. stand demgegenüber auf dem Standpunkt, daß wir uns an allen Aktionen der Mehrheit des Proletariats beteiligen und im Verlaufe der Bewegung erstreben müssen, die Aktionen vorwärts zu treiben. Auch am 9. November versuchte die Bürokratie der Sozialdemokratischen Partei die Kommunisten von den gemeinsamen Demonstrationen der Arbeiterschaft fernzuhalten. Einzelne Genossen haben uns bei dieser Gelegenheit den Vorwurf gemacht, daß unsere Partei jedes selbständige Auftreten vermeide. Bemängelt wurde auch die Aufnahme der Parole „Für den Schutz der Republik". Man sah darin eine Konzession an kleinbürgerliche Ideologien. Wir halten diese Vorwürfe für unberechtigt. Die Kommunistische Partei muß sich an allen großen politischen Massenbewegungen beteiligen. Sowohl am 31. August wie am 9. November hat die Partei sich zwar an der Bewegung beteiligt, aber gleichzeitig sofort mit der Kritik ihrer Unzulänglichkeit eingesetzt.

Die Lohnkämpfe.

Auch die zahlreichen Lohnkämpfe der gegenwärtigen Periode hat die Partei unterstützt und nach Möglichkeit gesteigert. Die Gewerkschaftsbürokratie hat unsere Forderung, die Bewegungen zusammenzufassen und einheitlich durchzuführen, schroff abgelehnt. Trotz unserer Bemühungen die Lohnkämpfe zu konzentrieren, suchte sie uns in die Isolierung zu drängen. Es zeigte sich dabei, daß immer noch starke Verwirrung in der Arbeiterschaft herrscht. Dennoch sind in einzelnen Bezirken große Fortschritte gemacht worden. Mancherorts sind wir bereits in der Lage, die Forderung der Bezirksbetriebsrätekongresse auf die Tagesordnung zu stellen. Auch interparteiliche Ausschüsse wurden mancherorts mit Erfolg gebildet, so in Königsberg.

Die Markentwertung hatte eine steigende Teuerung zur Folge. Unter der Arbeiterschaft machen sich Bestrebungen bemerkbar, die ein unmittelbares Eingreifen zum Ziel haben. (Die Krawalle in Neukölln, Hannover.) Die Partei muß ihren Einfluß aufbieten, solche unorganisierten Bewegungen zu verhindern, und in organisierte umzulenken. Die Erfolge der Nationalsozialisten bei den letzten Wahlen, auch in reinen Arbeiterbezirken, zeigen, wie die Reaktion die Not der Arbeiterschaft für sich auszunützen weiß. Solche Krawalle wie in Neukölln sind nur eine Entlastung der Großproduzenten und des Großhandels zugunsten des Kleinhandels. Wir müssen demgegenüber auf die eigentlich Schuldigen hinweisen. In weiten Kreisen der Arbeiterschaft herrscht eine gewisse Müdigkeit, Zweifel an der Möglichkeit revolutionärer Bewegungen. Auf diesem Boden ist die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft erwachsen. Entgegen ihrem Pessimismus sehen wir in der gegenwärtigen Situation trotz der politischen Stärkung der Konterrevolution die Unfähigkeit des Kapitalismus, die Krise zu überwinden. Ein solcher Versuch der Kapitalsmächte, über ihre Not hinauszukommen, ist die Washingtoner Konferenz. Wir müssen demgegenüber mehr als bisher die Notwendigkeit des Zusammengehens der Kommunisten in allen Ländern betonen. In diesem Sinne ist auch die Bedeutung des neuen Kurses in Rußland zu betrachten. Es ist die Hauptaufgabe der deutschen Arbeiterschaft, durch erhöhte Aktivität den Sprung zu überwinden, der uns noch von Sowjetrußland trennt.

Der Görlitzer Beschluß.

Der Görlitzer Beschluß unterbrach schroff die Annäherung der SPD. an die USPD. Den Anlaß zu ihm gab offenbar eine Intervention des Reichskanzlers Wirth bei der SPD. Die erste Folge ist die Bildung der großen Koalition in Preußen. Der Beschluß übte einen starken Einfluß auf die Mitglieder der SPD. Nach Görlitz begann spontan eine Gärung und Opposition in ihren Reihen. Starke Ernüchterung setzte auch in der USPD. ein. Die Opposition wächst in beiden Parteien. Teilweise finden schon Uebertritte zu uns statt. In einzelnen Orten besteht eine Organisation des linken Flügels der SPD. An anderen Orten verlangt die USPD. offenes Zusammengehen mit der KPD. An diese Erscheinungen hat unsere Partei anzuknüpfen.

Sozialistische Regierung.

Die Berliner Organisation verlangte anläßlich der Wirthkrise die Forderung der sozialistischen Regierung in den Mittelpunkt der Kampagne zu stellen. Die Zentrale forderte dagegen in einem Aufruf von der USPD. und SPD. die Einleitung eines Kampfes für ganz bestimmte Forderungen. Dies wurde begleitet von Besprechungen unserer Partei mit der Zentrale der USPD. Die USPD. richtete die Gegenfrage an die KPD., ob sie bereit sei, in eine etwaige sozialistische Regierung einzutreten. Wir erklärten, daß wir durch außerparlamentarische und parlamentarische Aktion eine sozialistische Regierung unterstützen, nicht aber in sie eintreten würden. Darauf erklärte die USPD. weitere Verhandlungen für zwecklos. Aehnlich verliefen die Besprechungen mit der SPD.

Unsere Stellung zu den sozialistischen Regierungen in einzelnen Bundesstaaten, wie Thüringen und Sachsen, geht davon aus, einerseits die Bildung sozialistischer Regierungen zu ermöglichen, andererseits scharfe Kritik zu üben. Unter keinen Umständen dürfen wir die Bildung einer Stinneskoalition erleichtern.

Wir glauben nicht, daß die Forderung der Berliner Genossen geeignet ist, wirklich Massenkämpfe zu entfesseln. Wirtschaftliche Forderungen sind dazu viel geeigneter. Es ist für unsere Partei ausgeschlossen, in eine durch parlamentarischen Kuhhandel zustandegekommene sozialistische Regierung einzutreten. Anders ist es, wenn die Regierung auf Grund eines Massenkampfes, durch eine Veränderung der Machtverhältnisse zustande gekommen ist, wenn die Arbeiterschaft teilweise bewaffnet ist. Es ist eine theoretische, müßige Streitfrage, ob dann der Eintritt erforderlich ist. Aktuell ist diese Frage heute noch nicht.

Was die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft anbetrifft, so kann sie auf die Dauer von den Einwänden gegen die Politik der KPD. nicht leben. Alle Mitglieder der KAG. — so verschieden sie untereinander sind — sind einig in der Verneinung der Aussichten für eine revolutionäre Entwicklung. Eine Notwendigkeit für besonderes Auftreten der KPD. bestehe nicht mehr. Daher erstreben sie die Auflösung der Gewerkschaftsfraktionen, der Roten Gewerkschaftsinternationale usw.

Wir haben in erster Linie die politischen Auffassungen der Arbeitsgemeinschaft zu widerlegen. Organisatorisches Vorgehen gegen sie ist nur dann nötig, wenn sie gegen uns organisatorisch vorgeht. In jedem Fall ist das Vorgehen der AG. ein Verbrechen an der Arbeiterschaft.

Unsere Parteipresse muß mehr als bisher sachlichen taktischen Diskussionen Raum geben. Bei voller Meinungsfreiheit und entschlossener Aktivität wird die Stärkung der KPD. fortschreiten."

Die Diskussion.

Nach einer kürzeren Pause begann die Diskussion über das Referat des Genossen Meyer.

Wild-Leipzig: Die Frage der rein sozialistischen Regierung, der Bewilligung der Grund- und Gewerbesteuer und des 9. Novembers haben in den letzten Wochen mehr oder minder scharfe Diskussionen ausgelöst. Wir haben in Sachsen eine besondere Situation. In Leipzig haben wir nach der Ermordung Erzbergers, als die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften das Proletariat zu Demonstrationen aufgerufen haben, an der Stellungnahme der Partei Kritik geübt.

Berowski-Chemnitz polemisiert gegen die Ausführungen Wilds. Wild bemängelt, daß wir zusammen mit den Menschewisten nach dem Erzberger-Mord demonstriert und mit der SPD. und USP. einen Aufruf unterschieben haben. Wir haben aber gleichzeitig Kritik an den Absichten der menschewistischen Parteien geübt. Die Frage der Bewilligung der Grund- und Gewerbesteuer muß im Zusammenhang mit der Gesamtsituation im Reiche betrachtet werden. In der gegenwärtigen Situation müssen wir sagen: der Sturz der sozialistischen Regierung in Sachsen wäre jetzt politisch unverantwortlich. Wir sind im ganzen mit der Linie der Partei einverstanden, da sie erfolgversprechend ist.

Urbans-Hamburg: Die Lage der Partei ist auch von den außerdeutschen Verhältnissen abhängig. Frankreich hat gegenwärtig den Haupteinfluß in der Entente. Das zeigt die Washingtoner Konferenz, wo Frankreich das Zünglein an der Wage ist. Frankreich wird keinesfalls die Reparationsbedingungen mildern. Die Reparationszahlungen werden in vollem Ausmaß auf die Schultern des Proletariats gelegt. Mit dem Valutasturz werden die Fragen der Steuern und der Teuerung immer ernster. Zur Haltung der Zentrale nach dem Rücktritt Wirths bemerkt der Redner: Die Berliner Genossen ergriffen die Initiative mit einem konkreten Vorschlag an die Zentrale. (Zwischenruf: Was ist zu tun?) Vor allem Lohnkämpfe organisieren, Zusammenfassung der Streiks nicht in schematischer Weise. Wir müssen uns nicht nur hineinstellen in Bewegungen, die aufgelöst sind, sondern müssen selbst Bewegungen auslösen, die Massen mobilisieren. Wir müssen auch unorganisierte Bewegungen unterstützen und in die richtigen Bahnen lenken.

Böttcher-Leipzig: Die Tätigkeit der Zentrale wurde von manchen Rednern allgemein kritisiert, ohne daß bestimmte Begründungen erbracht wurden. Ich glaube, daß wir anläßlich der Erzberger-Krise die richtige Taktik verfolgt haben. Allerdings wurde nicht in allen Orten die nötige Aktivität entfaltet, die notwendig war. Unsere Parlamentstätigkeit ist noch viel zu sehr eingekapselt, ohne genügende Verbindung mit den breiten Massen. Gegen die Arbeitsgemeinschaft muß die Partei die nötige Politik betreiben. Die Disziplin darf nicht mehr von Genossen in führenden Stellen ungehindert durchbrochen werden.

Siewert-Chemnitz: Wir sind mit der Politik der Partei einverstanden. In der Frage der sozialistischen Regierung dürfen wir nicht so zaghaft sein wie bisher. Wir müssen erklären, daß wir sie unterstützen werden. Der Eintritt in eine sozialistische Reichsregierung, die auf nur parlamentarischer Grundlage gebildet ist, kommt für uns nicht in Frage.

Genossin Müller-Berlin: Die Zentrale behandelt die Frage der proletarischen Einheitsfront falsch. Die Frage des 9. November und des Erzberger-Mordes wurde verkannt. Es war unrichtig, eine Delegation zur USP. zu schicken. Eine sozialistische Regierung kann heute nur durch Massenbewegungen zustande kommen, sie ist etwas grundsätzlich anderes als die von 1919 und auch anders als die, die nach dem Kapp-Putsch vielen vorschwebte. Die Zentrale behandelt die Frage der proletarischen Einheitsfront so unmöglich wie nur denkbar. Was man in Berlin am 9. November machte, die Haltung der „Roten Fahne" gegenüber der Demonstration war gänzlich verfehlt. (Zuruf: Und Euer Aufruf?) Die politische Situation in Deutschland ist so, daß die Krise sich nicht mit einem großen Krach entladen wird, sondern schwere Massenkämpfe stehen vor uns. (Fortsetzung folgt.)

Politische Uebersicht.

Gegen die Stinneskoalition.

Eine Resolution der Frankfurter SPD.

Am letzten Sonntag nahmen die Frankfurter Vertrauensmänner der SPD. zur Regierungskoalition in Preußen Stellung. Der Redner und die Diskussionsredner sprachen äußerst scharf gegen die Verschacherung ihrer Partei an Stinnes. Marckwald (Frankfurt) führte u. a. aus:

„Was sind das für Richtlinien, nach denen die Regierung arbeiten will? Die hätten selbst nach der Ansicht rechtsstehender Blätter ebensogut von einem deutschnationalen Minister vertreten werden können ... Wir wären Herren der Situation in ganz Deutschland geworden, wenn wir nach der Ermordung Erzbergers die Situation erfaßt hätten. Den Beschluß der Mehrheit zu revidieren, muß die Hauptaufgabe der 41 Genossen sein, die in der Minderheit geblieben sind. Es gilt, den Herren Breitscheid und Richter in ihren Verwaltungen auf die Finger zu klopfen und von der Fraktion zu verlangen, daß sie gegen die Minister der Deutschen Volkspartei bei der ersten Gelegenheit ein Mißtrauensvotum erteilt. Nicht abwiegeln, darf es jetzt in der Partei und Presse heißen, sondern aufzuwiegeln, bis der Beschluß wieder aufgehoben ist. (Lebhafter Beifall.)"

Zum Schluß wurde gegen wenige Stimmen folgende Entschließung angenommen:

„Die Vertrauensleute des Sozialdemokratischen Vereins Groß-Frankfurt bedauern das Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei bei der Regierungsbildung in Preußen. Die „kleine Koalition" hätte unter allen Umständen möglich gemacht werden müssen. Diese Koalition würde die Unterstützung der Unabhängigen gefunden haben, wodurch der Regierung eine feste republikanisch zuverlässige Mehrheit sicher gesichert wäre. Die Vertrauensleute halten nach wie vor die Deutsche Volkspartei für nicht bündnisfähig. Ein Kultusminister von der Art des Herrn Boelitz bedeutet ein Unglück für die Erziehung unserer Kinder. Die Erpressertaktik der deutschparteilichen Industriellen bei der Kreditaktion, die machtlose Landesregierung darstellt, zeigt die Arbeiterfeindlichkeit dieser Kreise in ihrer höchsten und gemeingefährlichsten Potenz. Nach wie vor stellen sich die Vertrauensleute auf den Standpunkt, daß zwischen Deutscher Volkspartei und Sozialdemokratie eine Welt liegt, die nicht zu überbrücken ist. Die Vertrauensleute legen erneut ein unerschütterliches Bekenntnis zum proletarischen Klassenkampf ab, in der alleinigen richtigen Erkenntnis, daß unser armes zerrissenes deutsches Volk nur gerettet werden kann durch rücksichtslosen Kampf gegen die Kreise, die aus seinem Unglück nur erneut ein Geschäft machen wollen. Situationen, wie sie jetzt die SPD. durchmacht, können aber nur verhindert werden durch eine große einige Sozialdemokratie."

Eine ähnliche Resolution ist auch in Stettin angenommen worden. Die SPD.-Arbeiter beweisen damit, daß sie nicht gewillt sind, sich dem Diktat ihrer Führer zu fügen. Marckwald ruft die sozialdemokratische Mitgliedschaft auf, solange „aufzuwiegeln", bis die Preußen-Koalition wieder aufgehoben ist. Das ist die wichtigste Aufgabe der sozialdemokratischen Arbeiter. Sie müssen ihre ganze Kraft anwenden, um die Führerschaft zu zwingen, die Preußenkoalition aufzugeben und von jeder Verständigung mit Stinnes zu lassen. Das kann erreicht werden, wenn die gesamte Arbeiterschaft die Gewerkschaften zwingt, die Durchsetzung der aufgestellten 10 Forderungen zu erkämpfen. Ein geeintes Proletariat wird jeden Widerstand der Bourgeoisie zerschmettern.

Die Eisenbahnerorganisationen gegen die Stinnesierung.

WTB. Berlin, 19. November.

Ueber die Forderung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die Reichseisenbahnen in privatwirtschaftliche Formen zu bringen, haben in den letzten Tagen Besprechungen zwischen dem Reichsverkehrsministerium und den Großorganisationen des Eisenbahnpersonals stattgefunden, die zu einer vollen Einigung führten. Besonders bedeutsam ist das unbedingte Festhalten des Personals am Reichsbesitz der Eisenbahnen und die baldige Inangriffnahme einer Neuorganisation durch gemeinsame Beratungen der Verwaltung und des Personals. Im einzelnen lauten die Vereinbarungen:

1. Die Vertreter der Großorganisationen erklären, an dem seitherigen Verhältnis des direkten Besitzes und Betriebes der Eisenbahnen durch das Reich unter allen Umständen festzuhalten.

2. Die Rechte des auf dem öffentlich-rechtlichen Dienstvertrag beruhenden Berufsbeamtentums, zu deren Wahrung die Reichsregierung verfassungsmäßig verpflichtet ist, gelten den Großorganisationen unverletzlich.

3. Die Großorganisationen erklären sich bereit, an der Neuordnung der Verwaltung und des Betriebes zur raschen und dauernden Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit der Reichseisenbahnen unter Voranstellung der Interessen der Allgemeinheit mitzuwirken.

4. Die Neuorganisation der Eisenbahnverwaltung wird beraten und zur geschäftsmäßigen Entscheidung durch den Minister spruchreif gemacht in einem zu gleichen Teilen aus Vertretern der Verwaltung und Vertretern der Eisenbahner-Großorganisationen zu bildenden Ausschuß. Der Ausschuß erhält die Berechtigung, Sachverständige nach eigenem Ermessen zu dieser Arbeit heranzuziehen.

5. Die Beratungen über die am 16. November von den Großorganisationen mündlich vorgetragenen Gegenstände wird mit dem Zehnerausschuß mit aller Beschleunigung weitergeführt.

*

Protest der badischen Eisenbahner.

Karlsruhe, 19. November.

Eine Funktionärversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Bezirk Baden, sprach sich gegen die geplante Entstaatlichung der Reichseisenbahnen aus und verlangte, daß die praktischen Forderungen der Techniker sowohl im Betriebe wie im technischen Dienst mehr zur Geltung kommen. Vor allen Dingen müsse den Anträgen der Betriebs- und Beamtenräte mehr Geltung verschafft werden.

Stinnes nach London abgereist.

Amsterdam, 18. November.

In hiesigen Eisenbahnkreisen wird mit Bestimmtheit behauptet, daß Hugo Stinnes in London erwartet werde. Er soll Berlin bereits verlassen haben und sich auf der Fahrt befinden. Die Reise soll nach einer Fühlungnahme mit Lloyd George zustande gekommen sein. Man rechnet damit, daß schon in ganz kurzer Zeit wichtige Unterredungen zwischen dem Leiter der englischen Politik und Hugo Stinnes stattfinden werden, die sich in der Hauptsache um Deutschlands Wirtschaftslage drehen dürften.

Auf Grund hiesiger Erkundigungen können wir die obige Meldung dahin ergänzen, daß Hugo Stinnes Berlin bereits verlassen hat. Daß die Londoner Fühlungnahme mit unseren Reparationsleistungen in unmittelbarem Zusammenhang steht, braucht wohl nicht erst hervorgehoben zu werden.

*

Stinnes will allem Anschein nach auf die englische Regierung einen Druck ausüben, damit nicht durch eine voreilige internationale Anleihe die deutsche Regierung aus ihrer Zwangslage dem deutschen Großkapital gegenüber herauskommt.

Industrie- und Agrarkapital zur Entstaatlichung der Eisenbahn.

Berlin, 19. November.

Wie die „Telegraphen-Union" erfährt, haben zwischen Industrie und Landwirtschaft am Montag Verhandlungen über die Entstaatlichung der Eisenbahnen stattgefunden, die Ende der Woche fortgesetzt werden. In maßgebenden Kreisen der Industrie ist ein abschließendes Projekt über die Form der Ueberführung der Eisenbahn in den Privatbesitz noch nicht ausgearbeitet. Die Industrie beabsichtigt, an die Lösung dieses Problems nur in Gemeinschaft mit den Vertretern der Eisenbahnbehörden und des gesamten Personals heranzutreten. Unter allen Umständen soll die Einheit der Verwaltung der Eisenbahn gewahrt bleiben. Dies schließt die Einrichtung einer Reihe von Generaldirektionen nicht aus. Auch die Tariseinheit soll nicht angetastet werden. Die Industrie vertritt mit allem Nachdruck den Standpunkt, daß wir erst nach Ordnung unserer eigenen Finanzen für unsere Gegner ein verhandlungsfähiger Partner sein können. Solange beispielsweise das Eisenbahndefizit allein den Ertrag der Einkommensteuer verschlinge, sei jedenfalls hieran nicht zu denken.

*

Das Agrarkapital — und unter „Landwirtschaft" sind gewiß nicht die kleinen Arbeitsbauern gemeint, sondern Junkerorganisationen — hat dem Reiche keine fremden Devisen zu geben, denn die Junker haben keinen Export, wenigstens nicht offiziell. Sie denken auch nicht daran, dem Reiche Goldwerte in anderer Form zur Verfügung zu stellen. Aber wenn es sich darum handelt, das „Reich" auszupowern, so ist das Junkertum als patriotischstes aller Klassen sofort zur Stelle.

Um das Schicksal der Deutschen Werke.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Christlich), des Gewerkschaftsringes (Hirsch-Duncker) und des Afabundes hatten den Vorsitzenden der Interalliierten Komiteekommission, General Nollet, gebeten, eine gemeinsame Abordnung zu empfangen, um im Namen von 13 Millionen organisierten Arbeitern Vorstellungen wegen des Vorgehens der Entente gegen die Deutschen Werke zu erheben. General Nollet erklärte sich sofort zum Empfange bereit. Wie die P. P. N. hören, hatte die Kommission heute Gelegenheit, in einer zweistündigen Unterhaltung dem General die Auffassung der deutschen Arbeiter darzulegen, während der General die Gründe für das Vorgehen der Interalliierten Kommission erläuterte. Es steht zu erwarten, daß diese Rücksprache nicht ohne Einfluß auf das Schicksal der Deutschen Werke sein wird.

Die Kommission wurde ferner vom englischen und italienischen Botschafter, sowie vom amerikanischen Geschäftsträger empfangen.

Stillegung von Kalischächten.

Der Kuxenwert steigt!

Der Reichskalirat hat kürzlich beschlossen, daß einige der kleineren Kalischächte aus Gründen der Rentabilität stillgelegt werden sollen. Demgemäß haben die Kaligewerkschaften Johannashall und Wills, die zum Wintershallkonzern gehören, nach Cassel eine Generalversammlung einberufen, um über die Stillegung ihrer Werke zu beschließen. Der Generaldirektor Rosterg führte aus, es sei unmöglich, die genannten Betriebe gewinnbringend aufrecht zu erhalten. Als der Bankier Eduard Noelle (Essen) fragte, inwieweit die Kuxe ihren Wert und vor allem die Möglichkeiten behielten, weiterhin an der Börse gehandelt und notiert zu werden, wurde ihm geantwortet, daß der Wert der Kuxe nicht vermindert würde, ja, daß der Kuxenwert durch die Stillegung eine wesentliche Erhöhung erfahre. Daraufhin wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, die Werke bis zum 31. Dezember 1925 stillzulegen. Im Gegensatz zu den Kapitalisten, deren Gewinnquote zugegebenermaßen wächst, wenn die Betriebe stillgelegt werden, fliegen die Arbeiter derselben Werke erwerbslos auf die Straße.

Bayrische Reichswehroffiziere lachen über den Eid.

Der „Freiheit" wird aus München gedrahtet:

Die „Münchener Morgenpost" meldet: Vor einiger Zeit fand in Grafenwöhr eine Truppenschau der bayerischen Reichswehr statt. Dabei hielt Reichswehrminister Geßler an die versammelten Offiziere eine Ansprache, in der er sie darauf aufmerksam machte, daß sie der Republik den Eid geleistet hätten, und daß sie daher verpflichtet wären, die Republik zu schützen. Bei dieser Stelle der Rede Geßlers brachen die Offiziere in ein schallendes Gelächter aus. Geßler unterbrach sofort seine Rede, ließ sich aber durch den begleitenden Offizier dazu bringen, am andern Tag den Vorbeimarsch der Truppen abzunehmen. Verschiedene Offiziere erhielten dann den Befehl, daß die Truppen beim Vorbeimarsch nicht den Reichswehrminister, sondern den ihn begleitenden Offizier anzublicken hätten, was denn auch geschah. Im Zusammenhang damit scheint es zu stehen, daß der Führer des Wehrkreiskommandos 7 in München, General Möhl, nach Berlin gerufen wurde, daß aber der hohe Herr auf die Berliner Einladung nicht reagierte, und als ihm dienstlich befohlen wurde, in Berlin zu erscheinen, die Antwort gab, er komme nicht, weil man ihm mitgeteilt habe, daß man ihn in Berlin verhaften wolle.

*

Die „Freiheit" verlangt, das Reichswehrministerium müsse sich zu dem Vorgang äußern. Das Reichswehrministerium, unter der Leitung des Herrn Geßler, hat sich selbst die bayrische Fronde groß gezogen. Herr Geßler hat nach dem Kapp-Putsch den Kappführer Möhl gegen die Ruhrarbeiter geschickt, die die Republik verteidigt haben. Herr Geßler wird sich hüten, etwas gegen seine braven Söldlinge in Bayern zu unternehmen. Nicht Herr Geßler und das Reichswehrministerium kann etwas gegen diese offenen Monarchisten ausrichten, dazu ist nur das Proletariat imstande.

Unternehmerkampf gegen den Achtstundentag.

In Polen ist der Achtstundentag durch ein Gesetz beseitigt und auf zwei Jahre durch den Zehnstundentag ersetzt. Nach zwei Jahren soll anscheinend der Zwölfstundentag zum Gesetz werden.

In der Schweiz ist von einigen Tagen statt des Achtstundentages der Neunstundentag, in verschiedenen Industrien der Zehnstundentag eingeführt. Dies wurde begründet damit, daß die Produktion nicht nur durch Lohnabbau, sondern auch durch Verlängerung der Arbeitszeit verbilligt werden müsse, um der deutschen Schleuderkonkurrenz, die in den Kulilöhnen der deutschen Arbeiter beruht, begegnen zu können.

In der französischen Kammer hat der Abgeordnete Massier einen Gesetzentwurf eingebracht, um das Gesetz über den Achtstundentag einer Revision zu unterziehen.

Die schwedischen Papierindustriellen haben außer ihrer Offensive gegen den Achtstundentag beantragt, auch an Sonn-

124 Genossen im Hungerstreik.

Landtagsabgeordneter Genosse Katz berichtet uns aus Lichtenberg:

124 Genossen sind in den Hungerstreik getreten. 30 haben bereits das Bewußtsein verloren.

*

Die Opfer der deutschen Zuchthausjustiz ziehen die Qualen des Hungers, die Aussicht des Hungertodes den Peinigungen ihrer Kerkermeister vor. Die Regierung läßt die Proleten verrecken. Arbeiter! Ihr könnt nicht ruhig zusehen! Oeffnet denen, die für Euch gelitten haben, die Kerkertore! Fordert die Befreiung der politischen Gefangenen!

und Feiertagen arbeiten zu dürfen, anders lasse sich eine Verbilligung und Vermehrung der Produktion nicht erreichen.

Auch in Deutschland bereitet sich diese Entwicklung vor. Das Kreditangebot der deutschen Industrie verlangt die Ausnützung aller unproduktiven Kräfte, worunter zu verstehen ist, daß nicht die Arbeitslosenzahl verringert, sondern die Arbeitszeit der Arbeitenden verlängert werden soll. Es wird in diesen Forderungen zugegeben, daß sich die Umstellung der Reichseisenbahn in einen zinsenbringenden Privatbetrieb nur unter Durchbrechung des Achtstundentages erreichen lasse.

Einigung Amerikas und Englands über Frankreich hinweg?

EE. Paris, 18. November.

Nach einer Washingtoner Depesche des „Intransigeant" scheint es zwischen England und den Vereinigten Staaten zu einem vollen Einvernehmen gekommen zu sein. Die Ueberzeugung gewinnt immer mehr an Wahrscheinlichkeit, daß lange vor der Eröffnung der Konferenz bestimmte Abmachungen zwischen England und Amerika getroffen wurden, so daß Meinungsverschiedenheiten nur noch in einzelnen Fragen wie in der der Tauchboote zu klären seien. Noch während die französische Delegation auf dem Wege nach Washington war, wurden diese Einigungsverhandlungen zwischen England und Amerika geführt und zum Abschluß gebracht. Als die französische Abordnung am 7. November in den Vereinigten Staaten landete, sah sie sich einer vollendeten Tatsache gegenübergestellt.

Nach demselben Blatte hatte die chinesische Regierung Besprechungen mit der amerikanischen Regierung, und sie will ihren Standpunkt nach der Konferenz, die die chinesische Frage betrifft, darlegen.

Japan mit Entschädigungen in Sibirien und in der Mongolei zufrieden?

EE. Washington, 18. November.

Ueber die Haltung Japans in der Schantungfrage liegen folgende Nachrichten vor: Japan ist bereit, Schantung bedingungslos zu räumen, wenn es dafür Sonderrechte in der Mongolei erhalte. Japan werde sich dann nicht weiter für die Mandschurei interessieren, wo es nur durch die von ihm erbaute Eisenbahn gehalten war. In Sibirien solle die gegenwärtige Lage fortbestehen, bis in Rußland wieder Ordnung eingekehrt sei, damit der Bolschewismus nicht weiter vordringe. Auf jeden Fall halte es Japan für notwendig, in Port Arthur zu bleiben. Was die 18 Provinzen des eigentlichen Chinas anbetrifft, so scheint Japan geneigt zu sein, dort dieselben Opfer zu bringen, zu denen sich die übrigen Mächte bereiterklären würden.

Ueberfälle finnischer Banden auf russisches Gebiet.

Intel. Moskau, 18. November.

Nach einer Meldung der sowjetoffiziösen „Rosta" sind in letzter Zeit von Finnland aus Banden auf russisches Gebiet eingedrungen, die Grenzposten niedermachten, Sowjetbeamte ermordeten und Brückenanlagen sprengten. Die Organisation dieser Banden könne nur mit Unterstützung finnischer Regierungsbehörden erfolgt sein. Die Sowjetregierung habe gegen die Ueberfälle energische Maßnahmen ergriffen.

Generalstreik in Genua.

Intel. Genua, 18. November.

Der Generalstreik, der hier durch einen Metallarbeiterstreik ausgelöst ist, ist vollständig. Nur die lebenswichtigsten Betriebe arbeiten auf Bestimmung der Streikleitung.

Unruhen in Bombay.

Beim Einzug des Prinzen von Wales in Bombay kam es zu ernsten Unruhen im Eingeborenenviertel, die auf die Agitation englandfeindlicher Elemente zurückzuführen sind. Eine Anzahl Personen wurde getötet oder verwundet.

Gegen das Elend der Arbeiterrentner

Reichstagssitzung vom 18. November.

Die Sitzung wurde eingeleitet durch die Beantwortung einer größeren Anzahl von kleineren Anfragen. Auf die kommunistische Anfrage wegen der Verhaftung der spanischen Genossen Forte und Conception unter der Anklage des Mordes an dem spanischen Ministerpräsidenten Dato wurde mitgeteilt, daß die Angelegenheit zurzeit noch der Prüfung unterliege. Vor deren Abschluß könne eine Freilassung nicht in Frage kommen. Auf eine weitere Anfrage der Kommunisten wegen einer Ueberschreitung der 48-Stundenwoche in der chemischen Industrie erteilte die Wirthregierung die Antwort, daß diese Ueberschreitung aus volkswirtschaftlichen Gründen zulässig sei! Es lebe der Achtstundentag! Hierauf wurde das Gesetz über die Weltpostvereinsverträge und dem strafrechtlichen Schutz von Freistempelabdrücken in allen drei Lesungen ohne Aussprache angenommen.

Notstandsmaßnahmen für Rentenempfänger.

Der Reichstag wandte sich nunmehr der Beratung des Gesetzentwurfs über Notstandsmaßnahmen für Rentenempfänger aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung zu. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns begründete die Vorlage. Die Diskussion über das Gesetz zog sich bis in die späten Abendstunden hin. Der Deutschnationale Koch forderte, daß die Beteiligung der Gemeinden an den Lasten der Gesetze auf 10 Prozent beschränkt bleibe, während der Ausschußantrag 20 Prozent vorsieht. Der zentrümliche Arbeitersekretär Andre pendelte wieder wie immer zwischen seinem guten Herzen und dem Finanzdalles des Reiches hin und her. Der Unabhängige Karsten forderte, daß allen Sozialrentnern ohne Unterschied ein Zuschuß gewährt werde. Die Bedürftigkeitsgrenze müsse so hoch normiert werden, daß die Reallasten der Fürsorge die Friedensleistung erreichen.

Rede des Genossen Bartz:

Alle unsere Anstrengungen, die traurige Lage der Rentenempfänger zu bessern, haben bisher nur wenig Erfolg gehabt. Auch die jetzige Regierungsvorlage läßt jedes Verständnis für die Lage der Sozialrentner vermissen. Und dabei wächst die Teuerung von Tag zu Tag ins Uferlose. Aber Tausende, ja Millionen von Arbeitern, Arbeitslosen und Kurzarbeitern leiden himmelschreiende Not. Wie ist es möglich, daß diese Leute mit diesen Hungerrenten überhaupt haushalten können? Wenn demokratische und Zentrumsarbeiter hier sagen, uns fehlen die Mittel zu einer wirksamen Fürsorge für die Aermsten der Armen, so ist das weiter nichts als böser Wille.

Für die Reeder hatte man 12 Milliarden.

Für die armseligste Erhaltung von Hunderttausenden armer Volksgenossen hat man aber kein Geld. Die Abfindungssummen an die früheren deutschen Fürsten, die Ausgaben für Sportanzüge für die Reichswehr usw. hätten vielen Invalidenrentnern ihr trauriges Los erleichtern können. Es ist unerträglich, daß die Vorlage wieder den größten Teil der Rentenempfänger von der Fürsorge ausschließt. Die Unterstützungsgrenze ist viel zu niedrig gezogen. Wie kann ein Mensch heute mit 5600 M. im Jahre auskommen? Es ist im höchsten Grad unsozial, Altersrentner, die durch die Not gepeitscht, in ihrem Alter noch fronen müssen, deshalb die Unterstützung zu entziehen. Das Reich muß die Kosten dieser sozialen Fürsorge auf sich nehmen. Die Gemeinden sind ohnehin schon überlastet, und zwar durch die Schuld der alten Regierung, die den Krieg gemacht hat und die Gemeinden zwang, Kriegsanleihe zu zeichnen. Diese elende Knickrigkeit hat man hier im Reichstag nicht gekannt, als es sich darum handelte, den Herren Offizieren unerschwinglich hohe Versorgungsrenten zuzuschanzen. Aber sobald es sich um Arbeiter dreht, kommt man immer wieder mit dem berühmten Einwand, man habe kein Geld. Weiter fordern wir, daß den Rentenempfängern und den Versicherten die Möglichkeit gegeben wird,

in entscheidender Weise bei der Festsetzung der Renten mitzuwirken.

Die Vorlage der Regierung wird diesem Wunsche nicht gerecht, und führt zu einer bürokratischen Bevormundung der Versicherten. Des weiteren muß die Mitwirkung des Reichsrats bei dem Erlaß der Ausführungsbestimmungen ausgeschaltet werden. Der soziale Ausschuß des Reichstags ist die berufene Instanz hierfür. Die Hoffnungen der Sozial- und Invalidenrentner werden also wieder einmal nicht erfüllt. Die Unglücklichen werden daraus die notwendigen Schlüsse zu ziehen wissen. Wir rufen sie auf, ihren Kampf um ihr nacktes Dasein, nicht nur inner-, sondern auch außenparlamentarisch mit allen Mitteln zu führen. Sie werden sich natürlich in Ihrer Hartherzigkeit nicht beirren lassen. Aber seien Sie versichert, daß die wachsende Not der breiten Massen des Volkes Sie bald hinwegfegen wird.

Die Erklärung der kommunistischen Fraktion:

Nachdem der Regierungsblock, verstärkt durch die Deutschnationalen, alle proletarischen Anträge niedergestimmt hatte, gab. Gen. Bartz namens der kommunistischen Fraktion noch folgende Erklärung ab, die von den Rechtssozialisten mit lautem Gebrüll und Zähneknirschen aufgenommen wurde:

Die Mehrheit des Reichstages — Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Zentrum, Demokraten und selbst die Sozialdemokraten — haben die kommunistischen Anträge zu dem Gesetzentwurf über Notstandsmaßnahmen für Invalidenrentner zu Fall gebracht. Sie haben damit die bescheidensten Ansprüche der Invaliden der Arbeit auf Sicherung eines kümmerlichen Lebensunterhalts abgelehnt. Die Mehrheitsparteien haben damit bewiesen, daß sie

keine Spur sozialen Mitgefühls

mit den Opfern der kapitalistischen Ausbeutung empfinden, daß die herzzerreißenden Notschreie der sich in tiefster Not und tiefstem Elend befindlichen Invalidenrentner auf kapitalistische Interessenvertreter keinen Eindruck machen.

Das neue Gesetz wird das Schicksal der Invalidenrentner nur für kurze Zeit und auch dann nur in geringem Maße lindern. Durch die wahnsinnige Spekulation, den Wucher, die Preistreiberei und den Valutaschwindel ist der größte Teil der kärglichen Erhöhung den Rentnern bereits von vornherein wieder entrissen worden. Durch maßlose Steuerlasten, die der kapitalistische Staat auch auf das ärmliche Salz und Brot des jammervollsten Rentnerdaseins legt, wird ein weiterer erheblicher Teil

den buchstäblich Aermsten der Armen vom Munde fortgestohlen.

Wenn der zerfallenden kapitalistischen Gesellschaft, die nicht mehr imstande ist, ihren Lohnsklaven den Unterhalt zu sichern, durch dieses Gesetz unter schwersten Mühen einige Bettelpfennige abgerungen wurden, um wenigstens die Invalidenrentner vor dem Hungertode zu retten, so müssen wir Kommunisten bei der Annahme dieses Gesetzes den Rentnern zurufen, daß diese kümmerliche Abfindung durch die Verschärfung der Teuerung und des Steuerdrucks sich

schon morgen als so ungenügend erweist,

daß ein erneuter Kampf gegen das Verhungern tausender Opfer der Arbeit einsetzen muß. Diese gesteigerten Wirtschaftsnöte zwingen die Sozialrentner, ihren Kampf um einen kümmerlichen Lebensunterhalt mit Annahme dieses Gesetzes nicht abzubrechen, sondern neu und verstärkt zu organisieren. Die Kommunisten werden auch die neuen Forderungen der Rentner, die schon morgen in einem erneuten massenhaften Ansturm ihrer selbst und ihrer Familien in Versammlungskundgebungen, Organisationen, Petitionen, in den Gemeindeparlamenten und im Reichstage erhoben werden müssen, mit allem Nachdruck vertreten.

Für die SPD. sprach Meyer-Zwickau. Er machte viel glatte Reden über sein gutes Herz, bezeichnete aber im gleichen Atem die kommunistischen Anträge als eine aussichtslose Spielerei! Und in der Tat haben die Mehrheitssozialisten denn auch fast alle Anträge der Kommunisten gemeinsam mit dem gesamten Bürgertum niederstimmen helfen. Der Stinnesmann Thiel suchte mit ebensoviel Demagogie wie Ergebnislosigkeit seinen angestelltenfeindlichen Antrag im Ausschuß in das Gegenteil umzulügen. Der deutsche Volksparteiler Schwarzer predigte das schöne Lied von der Arbeitergenügsamkeit, während Frau Wackwitz noch einmal die große Not der Arbeiterrentner vor Augen führte und die Demagogie, die von einem Agitationsbedürfnis spricht, scharf zurückwies. Der alte Adolf Hoffmann räumte gründlich auf mit der deutschnationalen Tendenzlüge über den 100 000-M.-Diebstahl. Die Rechte tobte und Hoffmann erwiderte den Herren schlagfertig, er sei gewohnt von politischen Gassenjungen mit Dreck beworfen zu werden. In der Abstimmung wurden alle weitergehenden Anträge der Kommunisten und Unabhängigen zum großen Teil mit Hilfe der Rechtssozialisten niedergestimmt und das Gesetz mit einigen kleinen Abänderungen schließlich einstimmig angenommen.

Ein kommunistischer Antrag, sofort einen achtgliedrigen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der die skandalösen Zustände in den deutschen Strafanstalten untersuchen soll, wurde zunächst mit geschäftsordnungsmäßigen Bedenken und später bei der Festsetzung der Geschäftsordnung durch Anzweiflung der Beschlußfähigkeit des Hauses, die die Rechtssozialisten mitherbeiführen halfen, zur Strecke gebracht. Die in den Zuchthäusern sitzenden Arbeiter mögen sich dafür bei Herrn Hermann Müller bedanken.

Wirbelsturm.

Roman von Andor Nagy.

Aus dem ungarischen Manuskript übertragen von Stefan J. Klein

13] Nachdruck verboten.

Wer sonst hat ein Recht darauf? Wer? Dieser hergelaufenden Hundesohn, oder ich? Und wagt noch den Mund aufzutun ... Daß er mich begnadigt! Mich! Ich werde es ihm schon zeigen!"

Er schlug mit der Faust auf den Tisch, daß die Gläser aufhüpften.

„Ich werde es ihm schon zeigen!" — röchelte er wutschnaubend.

Aus der Dunkelheit des Nachbarzimmers trat nun seine Frau an die Schwelle. Ihre hohe magere Gestalt war in ein strenges, ernstes Nachtgewand gehüllt; ihr Gesicht war kalt, nüchtern und düster; auf der Stirne, aus der das Haar glatt nach hinten gekämmt war, lagen freudlose Oede und stolzer Vorwurf. Die Stimme war kalt und gefühllos, wie ein scharfer, schneidender Wind.

„Was treibst du hier? fragte sie.

Ihr Mann schaute sie an mit dunklegrollenden Augen. Nichts an der frostigen Gestalt war Verlockung, Weiblichkeit. Keine Begierde entfachte sich in des Mannes Augen, seine Wut knirschte nur noch lauter; diese kalte vertrocknete Frau peitschte nun auch die Roheit des gereizten Ebers auf. Sie schauten einander in die Augen. Trotz und Härte funkelten zu einander hinüber. Die Frau hub abermals an:

„Komm zu dir, geh schlafen. Es ist bereits Mitternacht."

Der Mann starrte sie unentwegt an, mit furchtbarem Gesicht. Die Wut hatte ihm die Kehle verrammelt. Schließlich schlug er mit ungestümer Wucht auf den Tisch nieder. Er brüllte:

„Ich unterhalte mich! Himmel Herrgott noch einmal!"

Die Frau verharrte reglos, steif, zornherausfordernd. Mit spöttischem Lächeln.

„Marsch in die Küche!" brüllte er. „Schick mir Wein, siehst du denn nicht! Unterhalten will ich mich!"

Er schüttelte die Fäuste:

„Marsch, wenn ich's dir sag, Luder!"

Ohne ein Wort drehte sich die Frau um, entfernte sich.

Marczihazy schüttelte unablässig die Fäuste und brüllte:

„Ich werde es euch schon zeigen, Dreckbande! Werde es euch schon zeigen, verlaustes Gesindel!"

Abel nahm stumm, mit kraftloser Geduld die nun folgenden Geschehnisse hin. Er zog sich zurück und betrauerte sein reiches Leben, das ihm von seinen Eltern überliefert worden war und dessen Annehmlichkeiten ihm nun rasch und einzeln fortgenommen wurden. Es war in ihm etwas vom erschrockenen Schmerz des Kindes, dem eine schwere Hand die leckeren Süßigkeiten und gewohnten lieben Spielzeuge fortnimmt. Mit der Aengstlichkeit des Kindes bestaunten seine Augen diese mächtige Hand, die ebenso unerwartet, wie gewaltsam und brutal all das an sich nahm, was für ihn das Leben bedeutet hatte, und er wußte. — gleich einem Kinde — in den ersten Minuten nicht mit Bestimmtheit, ob dies Wirklichkeit sei, oder bloß der Scherz eines Menschen, den er bisher nicht ernst genommen hatte. Die Hand jedoch hielt die Beute fest: die Möglichkeit eines Scherzes war vorbei, es war ernst; Süßigkeit und Spielzeug fielen ihm nicht in den Schoß zurück.

Fast weinerlich sprach er mit seinem Rechtsanwalt, ob sich nicht vielleicht doch etwas retten ließe oder was er überhaupt unternehmen solle. Sein Rechtsanwalt, der an ihm bereits ein Vermögen verdient hatte, redete mit ihm überlegen unausstehlich, ganz von oben herab.

„Ja" — sagte er zynisch — „mit dem Privateigentum ist es zu Ende, mit dem Privatrecht ist es zu Ende, mit der alten Rechtsverteidigung ist es zu Ende, mit der Advokatenpfiffigkeit ist es zu Ende, mit allem ist es zu Ende, ja, jeder soll nun so rudern, wie er kann! Ich selbst bin auch ein Genosse geworden, beziehungsweise bin es, hier sind meine Gewerkschaftspapiere, ich rudere, wie ich kann!"

Abels weitere Fragen waren ein kraftloses Wimmern:

„Was hab ich denn verbrochen?" — klagte er. — „Ich habe niemand geschadet, habe niemand hintergangen, habe niemand etwas fortgenommen, was ich besitze, habe ich von meinem Vater geerbt, wenn es sich vielleicht vermehrt hat, mein Gott, so hat es dies von selbst getan, die Erde hat's gegeben ... Ich war gegen niemand rücksichtslos, habe niemand bewuchert, bin an niemandes Fleisch fett geworden, habe jede Arbeit bezahlt, Tausende und Abertausende für wohltätige Zwecke gespendet .... Was will man denn von mir?"

„Ach, mein lieber Herr," — der frühere Rechtsanwalt schlug sich auf die Knie — „Sie geruhen die Situation höchst sentimental zu beurteilen. Ich müßte Ihnen viel davon erzählen, wollte ich Ihnen den Kern der Dinge zeigen, denn ich sehe, was wir leicht und natürlich verstehen, ist Ihnen eine fremde Sprache ... Denn sehen Sie, ein großes Verbrechen der Bourgeoisie ist es auch, daß ihre Ohren taub und ihre Augen blind waren, alldem gegenüber, was die Ursachen und Entfacher der sozialen Revolution sind. Jawohl, so ist es!"

Er schlug sich abermals aufs Knie und lächelte höhnisch.

„Was dies anbelangt", — entgegnete Abel verzagt — „auch ich kenne die sozialistische Literatur, jedenfalls die Werke der modernen Soziologen, habe auch den politischen Teil der Zeitungen seit Jahren aufmerksam gelesen .... aber ich bitte Sie, wie komme ich dazu, gerade ich, daß ich mit meiner Person jene Strafe ertrage, die das Proletariat dem räuberischen Kapitalismus, den Mördern des Volkes, der ausbeutenden Bourgeoisie, den Blutsaugern, den begüterten Schurken auferlegt? Sagen Sie mir doch, bin ich ein Räuber, ein Ausbeuter, ein Blutsauger, ein Schurke und Mörder? Bin ich all dies? Sagen Sie es mir doch!"

„Ja, mein lieber Herr", — entgegnete der Rechtsanwalt pathetisch. — „So kann man nicht reden! Das Proletariat kann keine persönliche Auswahl treffen. Denn es hat nicht nur persönliche Feinde, sein Feind ist die ganze besitzende Klasse, die ganze kapitalistische Gesellschaft, mit Haut und Haar, wie sie leibt und lebt, und weil Sie das Glück hatten, zur besitzenden Klasse zu gehören, müssen Sie nun ebenfalls die Folgen tragen. Ich kann ja nicht sagen, daß Sie ein Blutsauger waren ..."

„Nein, das können Sie wahrlich nicht sagen" — warf leise Abel ein, der an die Beträge dachte, die der Rechtsanwalt aus ihm herausgepreßt hatte.

„Nein, das kann ich nicht sagen," erklärte im Rednerton der Rechtsanwalt, „Sie waren kein Ausbeuter, kein Wucherer, kein Mörder der Arbeiterklasse oder der Armen, im Gegenteil, ich könnte sogar sagen, Sie waren ein Philanthrop ... Aber sehen Sie, die Tatsache allein, daß Sie Felder und Aktien besaßen, die Ihnen ohne jede Arbeit riesigen Profit einbrachten, derweil die tatsächlichen Erzeuger dieses Nutzens, die Arbeiter, nur gerade dahinvegetieren konnten, durch diesen Umstand allein sind Sie zum Ausbeuter geworden, ohne daß Sie die Ausbeutung, wie soll ich mich nur ausdrücken, eigenhändig durchgeführt hätten ... Ueberdies aber, wenn Sie selbst vielleicht ein wohltätiger, harmloser, gütiger Mensch sind, das Proletariat darf trotzdem keine Sentimentalität kennen, darf niemand gegenüber nachsichtig, schwach sein, denn, die Sache ist nun einmal so, es geht um Leben und Tod, ist ein Kampf bis zum letzten Blutstropfen!"

(Fortsetzung folgt.)

Breslauer Nachrichten.

Orgesch-Waffenfabrik Breslau.

Schon im Frühjahr dieses Jahres machten unsere Breslauer Genossen die Staatsanwaltschaft und die Oeffentlichkeit auf die „Tagbau" e. G. m. b. H. Gräbschen b. Breslau, Fröbelstraße, aufmerksam. Diese „Tagbaugesellschaft", deren „Direktor" der Leutnant Lenschow ist, ist eine technische Abteilung, eine Pionierkompagnie der Orgesch Schlesien. In der Fabrik wurden Panzerwagen für den Selbstschutz gebaut.

Hier den Beweis, ein Brief von Herrn Lenschows eigener Hand:

Breslau, 1. November 1921.
Rehdigerstraße, 54, 3 Tr.

Hochwohlgeboren Herr Oberstleutnant!

Nachdem durch eine Verkettung unglücklicher Zufälle es mir nicht möglich war, den erteilten Auftrag auf Bau der Pz. rechtzeitig fertigzustellen, bin ich mir darüber klar, daß das von Euer Hochwohlgeboren auf meine Leistungen gesetzte Vertrauen erschüttert ist. Ich erachte es deshalb für meine Pflicht, das mir durch Euer Hochwohlgeboren Vertrauen übertragene verantwortungsvolle Amt eines Führers der technischen Abteilung S.S. O./S. in Euer Hochwohlgeboren Hände zurückzulegen.

Nachdem Ueberarbeitung und Aerger in der letzten Zeit meine Gesundheit angegriffen haben, verfüge ich z. Zt. nicht über die nötige Spannkraft und Frische zur Uebernahme eines Postens von so großer Verantwortung.

Ich bitte Euer Hochwohlgeboren gehorsamst um Entbindung von dem für mich in Aussicht genommenen Posten!

Die gesamten Vorarbeiten bin ich jederzeit bereit, einem von Euer Hochwohlgeboren noch zu bestimmenden Herrn zu übergeben. Falls Euer Hochwohlgeboren keinen besseren Vorschlag haben, würde ich mir erlauben, Herrn Hauptmann d. R. a. D. Bockelmann (Pionier), Breslau, Körnerstraße 33, hierfür in Vorschlag zu bringen.

Die Abrechnung der mir anvertrauten Gelder werde ich demnächst nach Eingang der letzten Rechnungen der Intendantur vorlegen. Ich danke Euer Hochwohlgeboren für das mir bis dahin bewiesene Vertrauen.

Gehorsamst
Lenschow, Lt. d. R. a. D.

Wie wir weiter erfahren, steht Leutnant Lenschow in persönlicher Verbindung mit dem Landeshaus und der Claßenstraße, den Hauptquartieren der Weißgardisten. Er erhält auch dort sein Gehalt. Beim „Tagbau" sind noch verschiedene andere Offiziere beschäftigt, so der Panzerwagenführer Leutnant Graßhoff, Breslau, Sadowastr. 53, part. Seit einiger Zeit ist auch ein Wachtmeister d. R. engagiert, der die Feldwebelgeschäfte bei der Pionierkompagnie versieht. Herr „Direktor" Lenschow steht in engen „geschäftlichen" Beziehungen zur Reichstreuhandgesellschaft, Breslau, Posener Straße, die ja schon aus Magdeburg, Berlin, Stettin, Königsberg, Erfurt usw. als Treuhändler für die Orgesch bekannt ist. Von dort hat er unter anderm zur Vernichtung bestimmte Scheinwerferwagen bezogen.

Obiger Brief ist gerichtet an den Führer der oberschlesischen Orgesch, Herrn Oberstleutnant Grützner, der angeblich unter Aufsicht des Sozialdemokraten Eugen Ernst arbeitet.

Wie ist es? Arbeitet die schlesische Orgesch hinter dem Rücken der Regierungsbeauftragten oder wagt der Arbeitervertreter Eugen Ernst nicht, die systematischen Rüstungen der Orgesch aufzudecken und die Arbeiterschaft zum Einschreiten aufzurufen?

Ein vorläufiger Abschluß der Lohnbewegung in den Breslauer Bau- und Möbeltischlereien.

Wie in Nr. 258 vom 15. November berichtet wurde, sind die Lohnforderungen obiger Berufsgruppen auf Betreiben der Unternehmer einem Schlichtungsausschuß

Freiburg.

Sowjetrußland in Bild und Wort.

Dienstag, 22. November, abends 7 Uhr, findet im Buchwald, Landeshuter Straße, ein öffentlicher

Lichtbilder-Vortrag

statt. Eintritt für Erwachsene 2.— Mark, Kinder 0,50 Mark. Helft den hungernden Arbeitern und Bauern Sowjetrußlands!

Hilfskomitee für Sowjetrußland.

überwiesen worden, vor dem am 15. ds. Mts. verhandelt worden ist. Es kam nach langem Schachern und Feilschen zu einem Vergleich. Die Zulagen zu den Durchschnittslöhnen wurden wie folgt festgesetzt ab 14. November pro Stunde für Facharbeiter über 22 Jahre 1,50 M., ab 5. 12. plus 0,70 M. ist gleich 2,20 M., von 20 bis 22 Jahren 1,40 M., ab 5. 12. plus 0,60 M. ist gleich 2,— M., von 18 bis 20 Jahren 1,30 M., ab 5. 12. plus 0,30 M. ist gleich 1,60 M., von 16 bis 18 Jahren 1,10 M., ab 5. 12 plus 0,20 M. ist gleich 1,30 M. Danach sind die Durchschnittslöhne ab 5. 12. wie folgt gestaffelt: Gruppe 1: 9,10 M., Gruppe 2: 8,25 M., Gruppe 3: 7,40 M., Gruppe 4: 6,60 M. Diese Vereinbarungen gelten bis 31. 12. 21 und müssen vier Wochen vorher gekündigt werden. Eine am 15. ds. Mts. in der Wilhelmsburg gutbesuchte Vollversammlung erklärte sich mit den Vereinbarungen vorläufig einverstanden, doch wurde dazu bemerkt, daß die Zulagen in keinem Verhältnis zur Preissteigerung stehen. Des weiteren wurde berichtet, daß die Entschädigung für Stellen von Werkzeug auf Bauten (Einsetzer, Schläger) 5 Prozent des Tariflohnes beträgt. Für Stadtmontage wird ein Zuschlag von 8 Prozent gewährt, wenn die Montage über vier Stunden dauert. Die Gehaltsfrage der Angestellten wurde nach den beschlossenen Richtlinien der Verbandstage geregelt. Die Beiträge werden gruppenweise vom 1. 1. 22 ab erhöht und zwar um 8.—, 7.—, 6.—, 5.— M., dazu ein obligatorischer Lokalbeitrag von 1.— Mark.

Es hat reichlich lange gedauert, bis die Arbeiter im Holzgewerbe die Lohnzulagen erreichten, die ihnen gestatten, die Existenz notdürftig weiter zu fristen. Am 15. 11. 20 ist von den Unternehmern der Reichstarif gekündigt worden. Die Verhandlungen über einen neuen Tarif wurden bis August 1921 verschleppt. Aus dem Reichstarif ist ein Reichsmanteltarif geworden. In diesem Tarif ist festgelegt, daß die Lohnverhältnisse bezirksweise zu regeln sind. Ganz besonders schwierig ist eine einheitliche Regelung in Schlesien mit seinen kleinstädtischen Löhnen und Verhältnissen. Dazu kommt, daß die Arbeiter der Holzindustrie in Schlesien in der Mehrzahl auf den wirtschaftlichen und politischen Klassenkampf nicht eingestellt sind.

Die Praxis zeigt vielmehr, daß mit der bezirklichen Regelung auf Grund des Reichsmanteltarifs nicht vorwärts zu kommen ist. Die Breslauer Holzarbeiter können nicht abwarten, bis im kleinsten Orte des Bezirks tarifliche Verhältnisse bestehen. Auch die Breslauer Kollegen werden gezwungen werden, neue Forderungen zu stellen. Eine Senkung der Preise ist nicht wahrzunehmen und die kommenden neuen Steuern werden dann das ihre tun.

Aus der Provinz.

Gerbereiarbeiter-Streik.

In den Kreisen Haynau und Schweidnitz sind die Gerbereiarbeiter im Ausstand. Anscheinend wird die Lohnbewegung auf den ganzen Bezirk übergreifen. Wie es heißt, wollen es die Unternehmer auf eine Kraftprobe ankommen lassen; es handelt sich um eine Differenz von 25 Pf. Gerade in dieser Branche sind in den letzten Jahren Riesengewinne erzielt wurden und der Prolet soll den Hungerriemen immer enger schnallen. Den kämpfenden Gerbereiarbeitern rufen wir zu: Seid stahlhart, Ihr seid es, die diese Riesendividenden durch Euren Schweiß geschaffen habt, man muß Euch die Lohnaufbesserung unbedingt zugestehen.

Aus dem Waldenburger Revier.

Wir und die „Bergwacht".

Die „Bergwacht" ist entrüstet darüber, daß wir ihr nicht die Gründe mitteilen, die uns veranlaßt haben, die Ziegler und Gruschwitz kalt zu stellen. Die „Bergwacht" ist aber auch zu neugierig. Wir wollen aber ihre Neugier befriedigen, wenn — sie uns mitteilt, was das Redaktionskollegium der „Bergwacht" gegen ihren Kollegen Zappe zu tun gedenkt. Derselbe ist von uns und von der Bezirksleitung der KPD.-Schlesien beschuldigt, durch gemeine Denunziation die Verhaftung unseres Genossen Demsky herbeigeführt zu haben. Die Organisation der SPD. in Waldenburg und die Redaktion der „Bergwacht" hüllt sich aber in Schweigen. Billigen sie die Handlungsweise ihres Genossen Zappe?

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei, G. m. b. H., Berlin SW 48. Tel. Lützow 1956 und 1957.

Jahrbuch für Arbeiter-Kinder 1922

erscheint demnächst. Preis voraussichtlich 4 Mk. Zu bestellen bei der Bezirksleitung der Kommunist. Jugend Breslau, Nikolaistraße 19/20 oder Kommun. Bücherei Breslau V, Gräbschnerstr. 45.

Sozialistischer Verlag
e. G. m. b. H., Breslau

Dienstag, den 29. November, abends 7 Uhr,

Außerordentliche Generalversammlung

im Sanssouci, Mehlgasse,

Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht.
2. Liquidation des Verlags.

Pünktliches Erscheinen der Genossen wird erwartet. Als Ausweis dient die Mitgliedskarte.

Der Vorstand.
Riedel. Nowak.

Liebich-Theater.

Täglich 7½ Uhr:

Das große **November-Programm.**

Schlesisches Gebirgsleinen „Bauernfleiß" Liebel.

Volks-Wohl

Nicht in Läden-, Haus- und Kochtüchern von Leinen ist Ersatz

Hugo Klose
Paulstraße 23.

Achtung! Wo?

Kauft nur unter und gleichzeitig Mitteilung, wenn gutes Zwirnzeugen zu billigsten und verlangt Ihnen?

Bei H. Kluge
Neumarkt 12, nur 1. Etage

Beachtet unsere Inserenten!

Demnächst erscheint:

Als Heft 10 der Flugschriften der Kommunist. Internationale

E. VARGA

STEUERFRAGEN UND STEUERPOLITIK

INHALT: Steuern und Gesellschaftsformen / Die Grundlagen der Steuerlehre / Die Frage der Abwälzbarkeit von Steuern / Die Steuerpolitik der Sozialdemokratie / Die Grundlagen der Steuerpolitik der kommunistischen Partei usw.

96 Seiten Preis Mk. —,30

Zu beziehen durch

CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY, HAMBURG 11

sowie durch alle Buchhandl. u. Organisationen der K. P. D.

Verordnung über Preisverzeichnisse.

Auf Grund des § 5 der Bekanntmachung und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 (RGBl. S. 607 ff) wird für den über die Errichtung von Preisprüfungsstellen Stadtkreis Breslau folgendes bestimmt:

§ 1.

Wer Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs der in § 2 dieser Verordnung näher bezeichneten Art im Kleinhandel in Verkaufsräumen, in Betriebsständen auf Wochenmärkten, in Markthallen und im Straßenhandel feilhält, ist verpflichtet, ein von außen sichtbares, augenfälliges und gut lesbares Preisverzeichnis in seinem Verkaufsraum bzw. an seinem Betriebsstand anzubringen, aus dem der Verkaufspreis sowie ein etwa vorgeschriebener Höchstpreis ersichtlich ist. Sind Waren der in § 2 a bis c genannten Arten nicht mehr vorrätig, so ist der Verkaufspreis auf dem Verzeichnis sofort zu löschen.

Eine Ausnahme von dieser Bestimmung ist in § 6 zugelassen.

§ 2.

In die Preisverzeichnisse sind die Preise für folgende Waren aufzunehmen:

a) Fleisch, Wurst, Fleischwaren aller Art und Fette von Schlachttieren, soweit nicht bereits durch die Verordnung vom 19. September 1920 (RGBl. S. 1675) besondere Preisverzeichnisse für Frischfleisch vorgeschrieben sind;

b) Kartoffeln, Teigwaren, Gemüse, Obst, Zwiebeln, Sauerkraut, Hülsenfrüchte, Salz, Zucker, Milch, Eier, Hafernährmittel, Butter und Speisefette aller Art, Käse, Wildbret;

c) Mehl, Weizengrieß, Graupe, Brot, Semmel, Zwieback, Brötchen, Hörnchen, Knüppel, Kipfel u. dergl.;

d) Heizstoffe aller Art sowie Petroleum, Spiritus, Benzol, Benzin, Karbid.

§ 3.

Die Preise auf den Preisverzeichnissen müssen in deutscher Währung, mit arabischen Zahlen für 1 Pfund, 1 Liter, 1 Stück oder eine sonstige handelsübliche Einheit angegeben sein.

Die Verzeichnisse sind vor Aushang mit der genauen Bezeichnung des Tages des Aushanges zu versehen und von dem Inhaber des Betriebs oder seinem Vertreter (§ 7 Abs. 2) zu unterzeichnen.

§ 4.

Die Preisankündigung auf den Preisverzeichnissen gilt als Preisforderung im Sinne der Verordnung gegen Preistreibereien vom 8. Mai 1918 (RGBl. S. 295).

Die auf den Preisverzeichnissen angekündigten Preise dürfen nicht überschritten werden.

Die Abgabe der im Kleinhandel üblichen Mengen an Verbraucher zu den angekündigten Preisen gegen Barzahlung darf, sofern es sich um Waren der in § 2 a bis c genannten Arten handelt, nicht verweigert, auch nicht von der Abnahme anderer Waren abhängig gemacht werden.

§ 5.

Die Vorschriften des § 4 kommen nicht zur Anwendung, wenn der Verdacht besteht, daß es sich bei dem beabsichtigten Kauf um einen Kauf für Ausländer oder durch Wiederverkäufer handelt.

§ 6.

Soweit Waren der in § 2 bezeichneten Art in Schaufenstern, Läden, Verkaufsständen, auf den Wagen oder Ständen der Straßenhändler ausgelegt und mit einem an der Wage oder den Behältnissen, in denen sich die Waren befinden, anzubringenden Preisschild versehen sind, bedarf es nicht der Aufnahme in das Preisverzeichnis.

§ 7.

Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden, soweit nicht andere Verordnungen schwerere Strafen androhen, gemäß § 19 der eingangs genannten Bekanntmachung mit Geldstrafe bis zu 150 Mark und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 4 Wochen bestraft.

Beauftragt der Betriebsinhaber den Leiter einer Verkaufsstelle allgemein mit der Ausführung dieser Verordnung, so ist dieser für die Durchführung der §§ 1—3, 4 Abs. 3 allein verantwortlich, wenn nicht ein besonderes Verschulden des Inhabers vorliegt.

§ 8.

Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Breslau, den 20. November 1921.

Magistrat.
Stadtverteilungsstelle, Abt. Preisprüfungsstelle.

Das Todesurteil des Reichstags über die Lichtenburger Häftlinge.

Die Sozialdemokraten für den Hungertod der politischen Gefangenen.

Der Reichstag erlebte am Sonnabend wieder einen schwarzen Tag. Aber der diesmalige unterscheidet sich von den vorhergegangenen schwarzen Tagen besonders zu Ungunsten der deutschen Arbeiterklasse. Ein Teil des deutschen Proletariats stand in einer Frage der elementarsten proletarischen Solidarität, ja sogar in einer reinen Menschlichkeitsfrage in schroffer offener Kampfstellung gegenüber dem Gesamtproletariat. **Die Rechtssozialdemokraten vereinigten sich mit dem gesamten Bürgertum bis hinüber zu den Deutschnationalen, um die Haftentlassung der 150 Hungerstreikenden im Zuchthaus zu Lichtenburg zu hintertreiben.** Die verbreiterte Stinnes-koalition lehnte den Antrag der Kommunisten und Unabhängigen auf ihre sofortige Haftentlassung ab. **Sie lieferte damit kaltblütig 150 ideale, opferfreudige Menschen, tapfere, heldenhafte Klassenkämpfer dem Hungertode aus.** Ja, sie wagten diese schmachvolle Tat sogar in voller Erkenntnis der Tatsache, daß das gesamte Berliner Proletariat ohne Unterschied der Parteien einmütig beschlossen hatte, den Hungertod ihrer Klassenbrüder nicht ruhig hinzunehmen. Aus allen Großbetrieben in Groß-Berlin waren Vertreter der Belegschaften im Reichstag erschienen, um die Arbeiterparteien zum entschlossensten Handeln aufzufordern. Die Rechtssozialisten verschmähten es, die Stimmen des arbeitenden Berlins auch nur anzuhören. Trotz wiederholter Einladung blieben sie den gemeinsamen Besprechungen fern. Sie wußten, daß angesichts der ehrlichen Arbeiterseele ihre Lug- und Trugpolitik elendiglich Schiffbruch leiden würde. Und deshalb kniffen sie feige.

Die SPD. und ihr Justizminister Dr. Radbruch, sie sind einander wert. Dieser Biedermann, der, als er noch auf den Abgeordnetenbänken saß, den anständigen Menschen markierte, hat sich am Sonnabend im Reichstag restlos demaskiert. Er warf die sozialdemokratische Maske ab und entpuppte sich als der kalte brutale Gewaltmensch, der über Proletarierleichen hinwegschreitet, um das Regime des Geldsacks zu retten. Er schleuderte der linken Seite des Hauses frecher noch als jemals der selige Puttkamer die offene Kampfansage ins Gesicht.

Sollen wir unseren offenen Feinden das Spiel erleichtern? Damit meinte er die Kommunisten! Der 18. November wird hoffentlich seine Wirkung auf die deutschen Arbeiter nicht verfehlen. Das Verhalten Radbruchs hat ihnen gezeigt, daß der alte Bebel recht behalten hat, als er sagte, daß in jeder Koalition mit dem Bürgertum die Sozialdemokraten nur dessen Lakaien sein würden.

Der Beginn der Sitzung.

Angesichts dieser Tragödie im Reichstag erscheinen die übrigen Vorlagen trotz ihrer Wichtigkeit klein und unbedeutend. Ein Antrag, der die Regierung ermächtigte, das Bauprogramm für Arbeiterwohnungen für die Jahre 1922-23 sofort in Angriff zu nehmen, fand einmütige Annahme. Eine gemeinsame Erklärung der Parteien stellte ausdrücklich die Vorbehalte der einzelnen Parteien fest und verwies die eingehende Debatte über die Wohnungsfrage auf den Zeitpunkt der Beratung des Gesetzes. Ebenso wurde eine Abänderung des Angestelltenversicherungsgesetzes, das die Rechte der Angestellten erweitert, in allen drei Lesungen erledigt.

Die Hungertragödie in Lichtenburg.

Hieran schloß sich die erste Lesung des Gesetzes zur Erweiterung der Anwendung der Geldstrafe und zur Einschränkung der kurzen Freiheitsstrafe. Die Kommunisten und Unabhängigen beantragten mit der Beratung dieses Gesetzes, den Antrag auf Haftentlassung der Lichtenburger Häftlinge und der Einsetzung eines Ausschusses zur Untersuchung der deutschen Strafanstalten zu verbinden. Hier setzte schon die Sabotage der Rechtssozialisten ein. Sie versuchten durch Geschäftsordnungstricks die Beratung der Arbeiteranträge zu verhindern. Die Tribüne, auf der zahlreiche Berliner Betriebsräte saßen, schrie ob dieses Arbeiterverrats laut auf. Der Präsident drohte mit der Entfernung der Ruhestörer. Adolph Hoffmann rief den empörten Proletariern von unten zu: „Ihr habt nur Steuern zu zahlen und sonst das Maul zu halten!“ Der Genosse Koenen, die Abgeordneten Rosenfeld, Ledebour und Levi wiesen mit aller Macht die Rabulistik der Rechtssozialdemokraten zurück. Bemerkenswert ist, daß sich die bürgerlichen Parteien ganz passiv verhielten, bei der Geschäftsordnungsdebatte wie auch später, und daß es den Sozialdemokraten allein vorbehalten blieb, sich gegen eine Befreiungsaktion ihrer eigenen Klassengenossen zur Wehr zu setzen. Nachdem Justizminister Radbruch erklärt hatte, er sei bereit, über die Zustände in Lichtenburg Aufklärung zu erteilen, konnte endlich die Aussprache beginnen.

Abg. Rosenfeld (USP.) wandte sich zunächst gegen eine ganze Anzahl von Bestimmungen des Gesetzentwurfes, der den Besitzenden die Möglichkeit gibt, sich von Freiheitsstrafen loszukaufen, während Proletarier sie absitzen müssen. Hierauf beschäftigte er sich mit dem Strafvollzug, der geradezu barbarisch sei. Man mißhandle die Gefangenen an Leib und Seele. Das Gefängnis sei die größte sittliche Gefahr für unbescholtene politische Gefangene. In Bayern seien die Zustände geradezu himmelschreiend. Sogar Kranken versagt man jede ärztliche Behandlung, so daß die Verzweiflung sie zum Selbstmord treibt. In Lichtenburg sind 150 Arbeiter in den Hungerstreik getreten. Ihre Frauen und Kinder verhungern. **Der Rechtsausschuß des Reichstags hat sie durch seinen Beschluß in die Verzweiflung getrieben.** Der Vertrauensmann der Regierung ist der Oberstaatsanwalt in Naumburg, ein hervorragender Kappist, der selbst ins Zuchthaus gehörte. Die gesamte deutsche Arbeiterschaft steht hinter den Hungerstreikenden und macht sich ihre Parole: Freiheit oder Tod! zu eigen.

Genosse Koenen:

Zu dem vorliegenden Gesetzentwurf werden die Kommunisten im Ausschuß, und im Plenum ausführlich Stellung nehmen. Jetzt handelt es sich vor allem um die 150 Proletarier, die in Lichtenburg vor dem Hungertode stehen. Viele von ihnen sind bereits haftunfähig. Der Vorgang in Lichtenburg hat unter der Arbeiterschaft die größte Erregung hervorgerufen. Im Hause befinden sich die Vertreter aller Berliner Großbetriebe, die, hingerissen von dem Idealismus und der Opferwilligkeit der Hungernden beschlossen haben, nichts zu versäumen, um ihren leidenden Brüdern in Lichtenburg sofortige Hilfe zu bringen. Sie haben erklärt, daß wenn die Regierung nicht sofort die Freilassung der hungerstreikenden politischen Gefangenen veranlasse, alle Berliner Großbetriebe

sofort in den Massenstreik treten

würden. Auch in Halle finden bereits große Massendemonstrationen während der Arbeitszeit statt. Die Arbeiter sind entschlossen zu handeln, wenn die Minister versagen. Wir Kommunisten verhandeln bereits seit 3 Tagen mit den Ministerien, haben aber immer nur ausweichende Antworten erhalten. Inzwischen ist bereits Schupo nach Lichtenburg unterwegs. (Lebhafte Pfuirufe.) Der Vertrauensmann Dr. Radbruchs ist der Naumburger Oberstaatsanwalt, der gefährlichste Arbeiterfeind, den es gibt. Jetzt ist man daran, die Arbeiter zwangsweise zu ernähren. Das muß zu einem offenen Kampfe im Zuchthause führen. Der Reichstag muß deshalb sofort dafür sorgen, daß die Gefangenen freigelassen werden. (Lebhafter Beifall links.)

Justizminister Dr. Radbruch: Ich bin stolz darauf, meinen Namen unter den Gesetzentwurf für Abschaffung der kurzzeitigen Freiheitsstrafen setzen zu können. Ich habe die Ausarbeitung von „Vorschlägen“ über die Revision des Strafvollzuges angeordnet. Ich bin nach wie vor der Auffassung, daß das Reich das Recht hat, Amnestien auch für Einzelländer zu erlassen, halte aber eine solche für Bayern für politisch unklug. Der Hungerstreik in Lichtenburg ist eine heroische Torheit, aber trotzdem eine Torheit. Sie ist entweder aus der Verzweiflung entsprungen oder nur eine Demonstration. Die ungezählten ungesühnten Todesfälle, von rechts gegen links machen den Hungerstreik in Lichtenburg verständlich. Die Kommunisten sollten die Verzweifelten von diesem Wahnsinn abhalten. Stattdessen preist sie die „Rote Fahne“ als Helden.

Danach ist der Hungerstreik eine Demonstration. Ich denke nicht daran, vor dieser Demonstration zurückzuweichen.

Für die Hungerstreikenden besteht zur Zeit keine Lebensgefahr. Sie stehen sämtlich unter ärztlicher Aufsicht, werden entweder in das Anstaltslazarett oder in das Krankenhaus überführt, aber ohne Strafaussetzung. Die Schupo soll nur den allgemeinen Dienst im Gefängnis verrichten. Zu den Hungerstreikenden kommt nur das ordentliche Anstaltspersonal. Ich habe den Gefangenen mitteilen lassen, sie sollen Gnadengesuche einreichen, die ich wohlwollend prüfen werde. (Zurufe: Wir wollen Recht, keine Gnade!) Es handelt sich in Lichtenburg teilweise um schwere Verbrecher. So hat einer eine Eisenbahnschiene gesprengt. (Zurufe: Aber nur im offenen Kampfe!) Solche Fälle sind natürlich von der Begnadigung ausgeschlossen. Es sind bereits in 766 Fällen Gnadenerweise ergangen, in 550 Fällen abgelehnt. Die Grundsätze der Begnadigung sind sehr mangelhaft. Vor der neuen Nachprüfung im April 1922 (!!) werden wir sie noch einmal abändern. Der Reichstag hat eine Amnestie abgelehnt. „Sie ist auch nicht spruchreif. Solange die Linke nicht auf die Gewalt verzichtet, werden wir ihr mit Gewalt entgegentreten.“ (Lebhafte Pfuirufe.)

Abg. Rosenfeld: **Ich bin von dieser Rede Radbrechs tief erschüttert. Der größte bürgerliche Scharfmacher könnte nicht provokatorischer reden.** Er ist auf dem besten Wege, ein wirklicher Nachfolger Puttkammers zu werden.

Justizminister Radbruch: Herr Rosenfeld will die Verzweiflungsaktion in Lichtenburg nicht beenden, sondern ihr zum Erfolg verhelfen. (!!) Der Zeitpunkt für eine Amnestie ist noch nicht gegeben. Sollen wir den Kommunisten, unseren offenen Feinden, das Spiel erleichtern? (Tosender Lärm auf der Linken. Rufe: Also die Arbeiter sind Ihre offenen Feinde.)

Abg. Levi: Der Justizminister hat selbst zugegeben, daß die Verzweiflung der Gefangenen berechtigt ist. Trotzdem tut er nichts, um die Ursachen dieser Verzweiflung zu beseitigen. Auf dem Sessel des Justizministers sitzt kein Mensch, sondern ein juristischer Geist. Radbruchs ganze Staatsweisheit besteht darin, der Gewalt Gewalt entgegenzusetzen. Das ist die traurige Staatsweisheit aller preußischen Polizeibüttel. Die Arbeiter sollen kuschen, sollen sich unterwerfen, aber helfen will ihnen Herr Radbruch nicht. Die Schandurteile der Justiz sind die Hauptursachen des Verzweiflungsaktes in Lichtenburg. Der Fall Meinberg schreit zum Himmel. 3 Jahre Zuchthaus für eine einfache Rede! Trotzdem wird die Strafentlassung abgelehnt. Im Justizministerium schwebt der Geist Foels über dem Wasser. Dem Minister tanzen die Leute, die nur das Unrecht wollen, auf der Nase herum. Die Gefangenen müssen sofort freigelassen werden.

Genosse Koenen:

Inzwischen sind wieder eine ganze Anzahl von Belegschaften der Berliner Arbeiterschaft bei uns erschienen. Der Wille der Arbeiter, die Hungerschmach von Lichtenburg zu beseitigen, wächst von Stunde zu Stunde. Die Betriebsvertreter hatten die Absicht, den Sozialdemokraten Radbruch zu sprechen. Sie hofften, er würde noch einen Funken von Menschlichkeit haben, er sei noch nicht auf die Stufe eines Noske herabgesunken. Nach seiner provokatorischen Rede von vorhin haben sie diese Absicht aufgegeben. Die Arbeiter verzichten darauf, mit ihm noch zu verhandeln. (Abg. Lübbring, SPD., ruft: Das ist organisierter Schwindel! Gen. Höllein antwortet: Natürlich, wenn man mit Weismann zusammenarbeitet, ist man ein so verkommenes Subjekt wie du!) Der Abg. Radbruch hat früher selbst scharfe Reden gegen die Sondergerichtsschmach gehalten. Jetzt will er die Opfer, die sich dagegen auflehnen, nicht davor schützen, sondern in den Tod treiben. Da die deutsche Justiz die Kappverbrecher und die Ar-

---

Wirbelsturm.

Roman von Andor Nagy.

Aus dem ungarischen Manuskript übertragen von Stefan J. Klein

14. Nachdruck verboten.

Mit gesenktem Kopf, zerstreut, betrachtete Abel seine feinen, blassen Hände und wiederholte mechanisch: „Bis zum letzten Blutstropfen . . .“

Nun wollte er überhaupt nichts mehr. Insbesondere nicht von diesem Menschen, dessen glatte Biederkeit ihm beträchtlichen Ekel eingeflößt hatte. Es kam ihm irgendwie das Gefühl, hinter diesen Dingen lägen große Wahrheiten, und er überließ sich deshalb seinem Schicksal, empfand aber dennoch heftig, diese Rede sei häßlich, sei Heuchelei, denn dieser Mensch habe nicht das Recht, derartige Worte auf die Lippen zu nehmen, habe bisher von seiner, von Abels Klasse gelebt, redet nun aber mit vollem Mund, denn jetzt erhofft er es von anderer Seite. Er verabscheut ihn, wie ein alle Farben spielendes Chamäleon. Mißmutig wandte er sich von ihm ab.)

Von da an unternahm er keine Versuche mehr. Tagelang saß er versonnen in seiner Stube, mit zu Tode gequälten Nerven und sich selbst folternd. Wie ein nervöses empfindliches Instrument, so lebhaft nahm er die Stimmen auf, die von den lärmenden Proletarierfamilien, die in seinen herrlichen geräumigen Zimmern wohnten, zu ihm drangen. Er wurde überaus empfindlich. Jedes kleinste Geräusch ließ ihn auflauschen, jedes harte Wort ließ ihn zusammenfahren. Oft schlugen Fäuste gegen seine Tür und man schrie mit scherzhaftem Drohen in sein Zimmer:

„Erzittere, Bourgeois!“

Dies quälte ihn unsäglich.

Sein eigener Portier, der nun mit drei schmutzigen kleinen Rangen Lolas Salon bewohnte, würdigte ihn nicht mal eines Grußes. Seine Köchin und alle Dienstboten hatten ihn verlassen, er ging zu den Mahlzeiten ins Restaurant, wo er sich anstellen und halbe Stunden lang auf ein bißchen schlechtes Essen warten mußte.

So war sein Leben, während seine Frau — er wußte es genau — fröhlich ihre Tage verbrachte. Bloß hin und wieder, wenn er Bekannten begegnete, die von den ins Ausland Geflohenen Nachrichten erhielten, ließ er vor sich die qualvollen Bilder auftauchen, wie seine Frau dort draußen eigentlich lebe. Er sah sie von Hofmachern und alten Freunden umgeben, auf den Festen der Magnaten und Gentrys. Und in solchen Augenblicken vermochte er sich so heftig zu bemitleiden wie ein Todkranker, wenn er aus dem Bett schaute, und in lebhaftem Glanz dahinflutenden Sonnenscheins frisches Grün und fernes Wasser funkeln sieht. Uebrigens aber schleuderte er mit hartnäckiger Anstrengung jeden Gedanken an seine Frau von sich; lebte nur noch dem Selbstbedauern.

Bloß ein einziges Mal rüttelte ihn unbestimmte würgende Wut. Ein mächtiges Tourenauto hielt vor dem Haus, von dem kotbespritzten schmutzigen Wagen flatterte eine ausländische Fahne. Ein französischer Kurier brachte ihm einen Brief von seiner Frau. „Bitte“ — schrieb Lola — „in meiner Garderobe befinden sich Abendtoiletten, schicke sie mir alle, denn mit den drei oder vier Stücken, die ich mir hier anfertigen ließ, kann ich unmöglich auskommen.“ — Sonst schrieb sie kein Wort. Eine Minute lang wurde Abel von heftiger Bitterkeit gewürgt. Dann öffnete er die Schränke — man möge alles nehmen. Als hätte man ihm den Leib aufgeschlitzt und ihm alles Blut genommen, derartige Leere empfand er, da das Auto mit den schönen und kostbaren Abendgewändern dahinrollte.

In seinem halbleeren, verwüsteten Palais ging Abel müde umher. Er seufzte schier laut.

„Um nichts ist mir leid . . Wenn ich nur endlich in Frieden leben könnte!“

Der Rechtsanwalt erschien. Abel führte ihn in das einzige unversehrt gebliebene Zimmer und lauschte zerstreut seiner lebhaften Weitschweifigkeit. Er mußte unablässig daran denken, schau nur, schau, dieser Mensch trägt nur ein kleines Kreuz als Krawattennadel, ein kleines weißes Emaillekreuz. Was ist denn das? Ach so, . . . jetzt ist für ihn dies vorteilhafter . . . Er bemerkte erst später, daß der Rechtsanwalt von Lola spreche. Sie schlage ihm vor, sich scheiden zu lassen, es habe keinen Sinn, daß sie hierher zurückkehre, sie passen nicht zu einander, haben sich bloß gegenseitig das Leben vergällt, das beste wäre, sie würden sich mit gegenseitiger Einwilligung scheiden lassen.

„Freilich, freilich“, — nickte Abel.

„Die gnädige Frau appelliert an Ihre vornehme Gesinnung und hat den Wunsch, Sie mögen ihr als Abfindung das Kastell und die Hälfte des ringsum gelegenen Besitztums überlassen.“

„Bitte“ — willigte Abel ein. — „Wie sie es wünscht.“

„Ich danke sehr. Ich wußte, wußte stets, daß Sie der erste Gentleman des Landes sind! Es ist ein Vergnügen mit Ihnen zu verhandlen; Ehrenwort! Ein Gentleman bleibt ein Gentleman!“

„Bitte“, — wiederholte Abel linkisch.

„Und Sie werden, nicht wahr, die Freundlichkeit haben, dies vor dem Notar auch schriftlich zu geben?“

„Selbstverständlich.“

„Ausgezeichnet! Sie sind ein vorzüglicher Mensch, ein Gentleman bleibt immer ein Gentleman! Und wenn Sie gestatten, komme ich Sie morgen holen, damit wir zusammen zum Notar gehen. Um elf. Paßt es Ihnen?“

„Wie Sie wollen.“

Der Rechtsanwalt nahm Abschied, verneigte sich, griff dabei ungefähr dreimal nach dem in der Krawatte steckenden Kreuz.

„Ein Gentleman bleibt ein Gentleman!“

Bevor er das Zimmer verließ, drehte er sich noch einmal um. Er lächelte vertraulich und dämpfte die Stimme. Mit seinen Händen machte er eigenartige Gebärden, andeutend, wir verstehen einander ja.

„Was wollte ich nur noch sagen!“ sprach er. „Ja, wenn Ihnen vielleicht irgend etwas zustoßen sollte . . . Ich meine nämlich, nun ja, . . . man kann jetzt nicht wissen, man hört von Pogromen erzählen. Nun ja, wissen Sie, wenden Sie sich nur sofort an mich. Ich habe ausgezeichnete Verbindungen!“ — und er zwinkerte mit den Augen.

Abel schaute ihn erstaunt an. Pogrom? Auch er? Auch er? Zustoßen? Ihm? Schon wieder? Plötzlich drängten sich ihm hundert Fragen auf die Zunge, doch fiel sein Blick auf diesen Menschen, auf das kleine Kreuz in der Krawatte, und er sprach kein Wort. Der Advokat lächelte nochmals, zwinkerte nochmals bedeutsam und eilte fort. (Forts. folgt.)

beitermörder unbehelligt läßt, muß er den Hungernden entgegenkommen, zumal die sozialdemokratischen Minister nichts getan haben, die Familien der Inhaftierten vor dem Verhungern zu schützen und die Ursachen der Verzweiflung zu beseitigen, die Herr Radbruch vorhin selbst aufgezählt hat. Die Verantwortung für die Verzweiflungsaktion fällt damit auf den Minister und den Rechtsausschuß des Reichstags zurück. Wenn Radbruch sagt, er könne gegenüber den offenen Feinden nicht nachgeben, so wird das bei den Arbeitern seine aufrüttelnde Wirkung gegen die Stinnesrepublik und die Sozialdemokraten haben. Mit den als Feinde bezeichneten Hungerstreikenden erklärt er zugleich auch die Hunderttausende Arbeiter, die sich mit ihnen solidarisch erklären, als seine Feinde.

Radbruch ist also der typische Stinnesminister!

Statt die haftunfähigen Arbeiter zu entlassen, bringt er sie ins Lazarett. Dabei sind auch schon die Lazarettinsassen in den Hungerstreik getreten. Den Junker Hirschfeld und die Kappisten hat man aus der Haft entlassen, ehrliche Arbeiter läßt man verkommen. Radbruch ist also moralisch und politisch zu Stinnes, zur Klassenjustiz und zur Klassenmoral der Kapitalisten übergegangen. Sein Zurückweichen vor der bayerischen Reaktion kennzeichnet ihn als echten reaktionären Stinnesminister. Mit dem Sterben der Opfer in Lichtenburg wird er in die Galerie der Bluthunde der deutschen Konterrevolution eingereiht. (Ordnungsruf.) Auch ihre Ablehnung der Amnestie wird ein Meilenstein der revolutionären Entwicklung in Deutschland sein. Sie treiben die Massen mit Gewalt in die Verzweiflung hinein. Nun wohl, wenn sie den Kampf wollen, so sollen sie ihn haben! (Lebh. Beifall links.)

Ledebour (USP.) nagelt vor aller Welt fest, daß die Rechtssozialisten gemeinsam mit dem Bürgertum sich in Schweigen hüllen. Sie zeigen damit, daß ihnen jedes proletarische Gefühl abhanden gekommen ist, daß ihnen das Schicksal 150 ehrlicher idealer Proletarier Hekuba ist. Das sind die Folgen der Koalitionspolitik mit dem Bürgertum! (Bravo!)

Herrmann Müller (Soz.): Die Vorwürfe Ledebours sind deplaziert. Die Arbeiter billigen unsere Politik, das beweisen die Wahlen. Viele unserer Mitglieder haben jahrelang im Gefängnis gesessen als politische Gefangene. Der Justizminister hat kein Recht, die Hungerstreikenden zu entlassen. Wir lehnen deshalb ihre Haftentlassung ab. (Pfuirufe.) Der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses stimmen wir zu.

Crispien: Die Worte Müllers sind eine Schmach für eine Arbeiterpartei. Die sozialdemokratischen Minister pfeifen auf den Klassenkampf. Ihre Politik ist Bankrottspolitik. Die Wahlen sind das Resultat kapitalistischer Fälschungen. Wir tun, was das Lebensinteresse der Arbeiter verlangt, unbekümmert um alle Wahlerfolge. Wenn es sich um Arbeiter und Klassengenossen handelt, dann erklären wir uns mit ihnen solidarisch. (Bravo.)

Die Abstimmung.

Bei der Abstimmung über den Antrag auf Haftentlassung der Lichtenburger Hungerstreikenden stimmen sämtliche bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten dagegen. (Ungeheurer Lärm auf der linken Seite.) Der Untersuchungsausschuß dagegen ist beschlossen, weil die Zahl der Antragsteller nach der Verfassung an sich schon ausreichend ist.

Die Behandlung russischer Schiffe in deutschen Häfen.

Hierauf wandte sich das Haus der Beratung der Kommunistischen Interpellation betr. Verbot des Landens russischer Schiffe in deutschen Häfen zu. Der Genosse Plettner begründete diese Interpellation mit einem Hinweis auf das deutsch-russische Abkommen vom Mai d. Js. In dem Artikel 10 dieses Abkommens heißt es ausdrücklich:

„Die deutsche Regierung gewährleistet den russischen Schiffen und die russische Regierung den deutschen Schiffen in ihren Territorialgewässern und Häfen die Behandlung nach völkerrechtlichem Herkommen."

Der Interpellation liegen eine ganze Reihe von Tatsachen zugrunde. Die deutsche Regierung hat bisher nicht nach diesem Abkommen gehandelt. Sie hat so z. B. dem Schiffe „Transbalt" den Charakter eines Sanitätsschiffes abgesprochen, obwohl das Schiff Kriegsgefangene nach hier gebracht hatte und deshalb nach dem Genfer Abkommen ohne weiteres als Lazarettschiff betrachtet werden mußte. Als das Schiff „Transbalt" im Stettiner Hafen landen wollte, wurde das dem Kapitän verwehrt. Man zwang ihn, das Schiff nach dem etwa 3 km von Stettin entfernten Industriehafen zu leiten, wo er auf große Schwierigkeiten beim Löschen und Landen stieß. Der Mannschaft wurde das Anlandgehen unnötig erschwert. Alle Schikanen, über die die preußische Polizei verfügt, wurden angewandt, um den russischen Genossen den Aufenthalt in Stettin unleidlich zu machen. Rudel von Detektiven wurden aufgeboten, um das Schiff zu bewachen, nachts wurde es sogar durch Scheinwerfer beleuchtet. Eine solche Behandlung wird nur russischen Schiffen, aber nicht denen anderer Länder zuteil. Die Besatzungen anderer ausländischer Schiffe erhalten immer Passierscheine, sie können sich ungehindert an Land begeben.

Auch eine Durchsuchung des „Transbalt" wurde vorgenommen, zunächst unter dem Vorwand, daß Seuchengefahr bestehe. Die Durchsuchung trug durchaus den Charakter einer rein polizeilichen Maßnahme, sie stand im Widerspruch mit dem internationalen Herkommen und auch mit dem zwischen der russischen und der deutschen Regierung abgeschlossenen Vertrag. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Stettins schickte Detektive auf das Schiff, die sich in das Vertrauen der Mannschaft dadurch einzuschleichen versuchten, daß sie vorgaben, sie seien Sowjetvertreter.

All diese Schikanen sind auf Anordnung der Reichsregierung zurückzuführen.

Aehnlich wie dem Dampfer „Transbalt" erging es den Dampfern „Argun" und „Bolschewik" in Hamburg.

Gegenüber der Behandlung der russischen Seeleute in Deutschland ist darauf hinzuweisen, daß die deutschen Seeleute in Petersburg auch der Aussage der Besatzungen deutscher Schiffe auch ohne Paß die größten Freiheiten genießen.

Die deutsche Arbeiterschaft weiß, wie sehr es im Interesse der deutschen Produktion liegt, daß die Beziehungen zu Sowjetrußland geregelt werden und bleiben. Voraussetzung dafür aber ist, daß die skandalöse Behandlung der russischen Schiffe in deutschen Häfen endlich aufhört.

Wie aber aus den Worten des früheren Kriegsberichterstatters und jetzigen sozialdemokratischen Innenministers Löster hervorgeht, scheint die Regierung keine Neigung zu haben, dem Willen der deutschen Arbeiter und den Notwendigkeiten der deutschen Wirtschaft zu entsprechen. Löster, der gegenüber dem Genossen Plettner den Regierungsstandpunkt vertrat, suchte sich herauszureden, indem er die Beziehungen in lächerlicher Weise verdächtigte.

Breslauer Nachrichten.

Betriebsstillegungen in der Zigarettenindustrie.

Blind, wie mit Scheuklappen geblendet, rast der Ententekapitalismus und stellt immer neue Forderungen. Das Heer der Erwerbslosen wächst drüben zu immer furchtbareren Ziffern und unsere Valuta fällt immer plötzlicher. Bald werden auch unsere Industrien die Arbeit einstellen müssen; denn bald werden sie die Rohstoffe, die sie aus dem Ausland kaufen müssen, nicht mehr bezahlen können! Besonders trostlos sind die Nachrichten, die wir aus der Zigarettenindustrie erhalten. Die neue Steuererhöhung, die der allmächtige Ministerialdirektor Zapf im Reichsfinanzministerium durchgesetzt hat und die vom 1. Oktober an in Kraft ist, scheint geradezu katastrophale Wirkungen auszulösen. Herr Zapf denkt natürlich nicht daran, ob für manchen Arbeiter bei harter eintöniger Arbeit in einer kurzen Ruhepause die schnell entzündete Zigarette ein willkommenes und unentbehrliches Mittel zur Anregung und Belebung der Nerven geworden ist. Wenn er nur in seinem Klubsessel seine dicke Havanna hat! Und ebenso gleichgültig scheint ihm zu sein, wenn Tausende von Zigarettenarbeitern und -angestellten brotlos werden. Von einer 40-Pfennig-Zigarette verlangt die neue Steuerordnung 20 Pfennig Steuer, von einer 60-Pfennig-Zigarette 30 Pfennig. Auf 20 Pfennig Preis für die Ware nimmt sie 20 Pfennig als Steuer. Das ist eine indirekte Steuer auf einen Gegenstand des täglichen Lebensbedarfes in solch unerhörter Höhe, daß selbst unter dem alten System ein Finanzminister eine solche Steuer nie gewagt hätte. Damit, Herr Zapf, retten Sie Ihr brüchig gewordenes kapitalistisches System nicht! Es kracht auf der ganzen Welt in allen Fugen.

KPD. Ortsgruppe Breslau.

Donnerstag abend 8½ Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Gambrinussaal.

Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

KPD. Ortsgruppe Breslau.

Bezirkskonferenz der Kommunistischen Jugend (Bezirk Schlesien).

Die am 13. November in Breslau tagende Bezirkskonferenz hatte folgende Tagesordnung:

1. Bericht vom Reichskongreß.
2. Politische Lage.
3. Bericht der Bezirksleitung.
4. Organisatorisches.
5. Neuwahl der Bezirksleitung.
6. Verschiedenes. (Kindergruppen).

Nach dem Gesang des Russischen Rotgardistenmarsches, sowie den Begrüßungsansprachen eines Vertreters der KJ. Oberschlesiens sowie des KPD.-Bezirks Schlesien wurden folgende Begrüßungsschreiben an den Russischen Kommunistischen Jugendverband und an unsere Jugendgenossen Steiskal, Ernst Becker und Kurt Neubert, welche im Gefängnis bezw. Festung schmachten, geschickt:

An den Russisch. Komm. Jugendverband.

Die Bezirkskonferenz von Schlesien übersendet dem Russ. Komm. Jugendverband die herzlichen Grüße und gelobt, alle Kräfte zu mobilisieren, um die Massen der proletarischen Jugend zu erobern und sie in den Kampf gegen die kapitalistische Gewaltherrschaft zu führen. Die junge KJ. Schlesien wird mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit der zielbewußten und opfervollen Arbeit der russischen Jugendgenossen zuwenden, um von ihnen zu lernen und die Arbeit im gleichen Geiste und für die gleichen Ziele zu leisten.

An unsere hinter Kerkermauern schmachtenden Jugendgenossen:

„Die Bezirkskonferenz der KJ. Schlesien gedenkt mit Stolz ihrer in den Gefängnissen der demokratischen Republik schmachtenden Jugendgenossen. Die KJ. übersendet ihnen die herzl. Brudergrüße und gelobt, mit frischen Kräften den Kampf zu führen: Für die Befreiung aller politischen Gefangenen des Proletariats! Gegen die weiße Justiz! Komm. Jugend Schlesien."

Jugendgenosse R.-Breslau gibt nun den Bericht vom Reichskongreß in Halle. Zwei Punkte waren es, die den Kongreß am meisten beschäftigten: das Verhältnis von Jugend und Partei und der wirtschaftliche Kampf der KJ. Der Kongreß erkannte und beschloß, daß ein enges Zusammenarbeiten von Partei und Jugend unbedingt notwendig ist.

Am wirtschaftlichen Kampf muß sich die KJ. viel mehr als bisher beteiligen. Bei jeder Gelegenheit, bei besonders krassen Ausbeutungsfällen, bei Bewegungen der erwachsenen Arbeiterschaft müssen wir die Jugend zum Kampf aufrütteln. Alle Mitglieder der KJ. müssen in die Jugendsektionen der Gewerkschaften eintreten, um diese, die heute „Bildungs"- und Spielvereine sind, zu dem zu machen, was sie sein sollen: zu Kampforganisationen des Jungproletariats.

Die Bildungsarbeit in der KJ. darf nicht planlos sein, sondern muß den bewußten Zweck haben, die Jugend zu kommunistischen Kämpfern zu schulen.

Ueber den zweiten Punkt „Politische Lage" sprach ein Genosse der Zentrale.

Ausführlich schildert er die Lage des Weltkapitalismus, die Ursachen des Marksturzes, der Teuerung usw. Besonders hat unter den Folgen des Weltkrieges die proletarische Jugend zu leiden, da diese viel wehrloser als die erwachsene Arbeiterschaft ist. Wir müssen daher alle Kräfte anwenden, um das Jungproletariat zum Kampfe vorzubereiten.

Nach der Mittagspause wird der Bericht der Bezirksleitung gegeben, aus welchem hervorging, daß es seit der letzten Bezirkskonferenz ein gutes Stück vorwärtsgegangen ist. Die Mängel in der Arbeit der Bezirksleitung wurden zum Teil durch den öfteren Personenwechsel in derselben verursacht. In der Diskussion wurde teilweise scharfe Kritik an der Bezirksleitung geübt.

Unter Punkt Organisatorisches beschloß man, den Bezirk zwecks besserer Bearbeitung in Kreise einzuteilen. Der Mitgliedsbeitrag wurde auf 2 Mark monatlich festgesetzt. Sodann wurde eine neue Bezirksleitung gewählt, welche aus acht Mitgliedern besteht.

Unter Punkt Verschiedenes sprach zunächst Jugendgenossin Sch.-Breslau über die Kindergruppen. Sie schilderte, wie neben der körperlichen Verelendung der Kinder die geistige Vergiftung durch Schule und Straße einhergeht. Dieses dürfen wir nicht ruhig ansehen, sondern wir müssen die Kinder in unserem Sinne erziehen. Dazu dienen die Kommunistischen Kindergruppen. Das Verhältnis zwischen Kindern und Kindergruppenleitern muß ein kameradschaftliches sein.

Nach der Diskussion erstattete Jugendgenosse F.-Breslau den Bericht über die Sammlungen für Sowjetrußland. Unter dem Gesang der Internationale wurde die Bezirkskonferenz nachmittags 5 Uhr geschlossen.

Versammlungskalender.

KPD., Ortsgruppe Penzig. Donnerstag, den 24. November, abends 7½ Uhr, bei Herbich: Mitgliederversamlung. Abrechnung der Marken: „Arbeiterhilfe für Sowjetrußland". Genossen, ein jeder hat zu erscheinen.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei, G. m. b. H., Berlin SW 48. Tel. Lützow 1956 und 1957.

Feinschmecker

Pelz-Colliers, Mützen, Mäntel und Besätze
Spart-Pelze für Damen
Herren-Pelz-Kragen
Herren-Pelz-Mützen
Dresdner Pelz- und Hut-Bazar
Neue Graupenstr. 8 und Friedr.-Wilh.-Str. 12 (Ecke Ring)

Wiederverkäufer
kaufen billig u. gut Socken, Hemden, Unterhosen, Trikotagen, Garne, Zwirne, Korgwaren, gute Marke, Reichsbekleidung usw. bei
E. Lehmann, Breslau,
Poststraße 7.
Musterziehung per Nachn. v. 100 M. an. Preisliste gratis.

Frauen
verlang. sofort bei krankhafter Periodenstörung u. Unregelmäßigkeiten meine altbewährt Präparate. Viele freiwillige Dankschreiben. Per 1 M. 21,— und M. 27,—. Ferner empfehle:
Gummiwaren jeder Art.
Spülspritzen, Irrigatoren, Leib- und Mutterbinden. Katalog gegen Einsendung von M. 1,—.
Franz A. Gebauer
Berlin 6
Tedesker Straße
Ecke Friedrich Wilhelmstr. 36.

Für 4 alte 1 neueste, oder Schallplatten höchste Bezahlung
für alte und zerbrochene Schallplatten nur im
Musikhaus Melzer, Breslau,
Friedrich-Wilhelm-Straße Nr. 36.

Gebrauchte Mauser-Pistolen 7,63
kaufen zu höchsten Preisen
Gewehrfabrik
F. W. Vandrey & Co., Hamburg
Colonnaden

Kommunistische Bücherei
Breslau 5, Gräbschnerstr. 45
Reichhaltiges Lager sozialistischer, kommunistischer und schöngeistiger Literatur! Gute Jugendschriften!
Verzeichnis der vorhandenen Schriften kostenlos!